

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurlandstr. 46, durch die Buchhandlungen Nr. 11, durch die Zweigstellen, Bazarvereine, Reichsbild, Zeitungsdruckerei 130, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis monatlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., Klein-Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurlandstr. 46 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Um die Mieterhöhung.

## Der sozialdemokratische Gegenantrag im Ausschuss.

Die Sozialdemokratie hat ihrem ersten Vorstoß gegen die Pläne der Reichsregierung auf 20prozentige Mieterhöhung am Sonnabend sofort den zweiten folgen lassen. Auf ihr Verlangen beschloß sich der Ausschuss des Reichstags mit dem sozialdemokratischen Antrag, die Miete auf ein weiteres Jahr, bis 31. März 1928, nicht über die Friedensmiete hinaus zu steigern. Reichsarbeitsminister Brauns war persönlich erschienen, um die vom Reichsstatistikamt beschlossene Verordnung zur Mieterhöhung zu begründen. Aber diese Begründung fiel überaus dürftig aus. Dr. Brauns vertrat die Ansicht, eine schrittweise Mieterhöhung sei notwendig, weil ohne sie die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen nicht befeitigt werden könne. Die Zwangswirtschaft aber sei politisch immer schwerer zu halten. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie halte die Reichsregierung auch den gegenwärtigen Augenblick für die Mieterhöhung geeignet. Die allgemeine Wirtschaftslage und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sei nicht die gleiche wie im Vorjahr. Damals hätte Deutschland am Anfang der Krise gestanden, jetzt sei der Höhepunkt der Krise überschritten. Selbstverständlich müsse man eine ungünstige Auswirkung der Mieterhöhung auf den Reallohn und die Sozialrenten vermeiden. (!) Neben der allgemeinen Lohnminderung müsse die Steigerung der Mieten durch die Schiebepolitik besonders berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Herz (Soz.) bedauerte, daß die Reichsregierung im Begriff sei, einen Schritt zu tun, ohne sich der folgenreichen Tragweite auf die allgemeine Wirtschaftspolitik bewußt zu sein. Die häufige Begründung des Reichsarbeitsministers sei als eine Wankbewegung für die Meinung anzusehen, daß die Mieterhöhung nicht aus sachlichen, sondern aus parteipolitischen Gründen vorgenommen werde. Die jetzigen Regierungsparolen wetteiferten um die Gunst der Hausbesitzer, dachten aber viel zu wenig an das Schicksal der Millionen Mieter. Eine Mieterhöhung habe nur dann Sinn, wenn sie zur Überwindung der Wohnungsnot führe. Das dafür erforderliche langfristige Wohnbauprogramm aber fehle, auch sei das Schicksal der Hausrenten, ohne die doch Neubauten nicht finanziert werden könnten, überaus ungewiß. Eine Mieterhöhung im jetzigen Augenblick trage zur Erhaltung der unproduktiven und verfeuertenden Bauweise bei, senke nicht die Neubauten, sondern führe zur Anpassung der alten Mieten an die Mieten für Neubauwohnungen. Unbefriedigend sei auch das unbestimmte Versprechen über die Sicherung des Reallohns und die Erhöhung der Renten. Vor allem aber müsse man verlangen, daß die erhöhte Miete nur zur Förderung des Wohnungsbauens verwendet werde. Man dürfe die Entscheidung dafür nicht den Ländern überlassen, sondern müsse sie von Reichswegen treffen.

Unter dem Eindruck dieser Darlegungen erklärte der Zentrumsgewählte Dr. Brüning, im Augenblick sei eine endgültige Stellungnahme zu dem sozialdemokratischen Antrag nicht möglich. Er gebe aber der Sozialdemokratie darin recht, daß man vorbeugen müsse, damit die Länder nicht weitere Teile der Miete zu sozialistischen Zwecken verwenden. Der Ausschuss beschloß dann, die Verhandlungen abzubrechen, nachdem festgestellt war, daß der Reichsrat die Verordnung frühestens am 8. März beraten werde. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Keil (Soz.) stellte als die Meinung des ganzen Ausschusses fest, die Regierung solle die Verordnung über die Mieterhöhung nicht veröffentlichen, bevor der Ausschuss des Reichstages endgültig zu dem sozialdemokratischen Antrag Stellung genommen hat.

## Der Justizminister sucht die Schäden der Hirtsiefer-Verordnung auszugleichen.

**Anweisung an die Staatsanwälte zur Mietswucher-Bekämpfung.**  
Unter Hinweis auf die Klagen, daß nach dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft für gewerbliche Räume die Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft vom 11. November v. J. vielfach unangemessen hohe Mietzinsen für die Überlassung gewerblicher Räume gefordert werden, ersucht der Preussische Justizminister, einer Mitteilung des Amtes des Preussischen Justizministers, die Strafverfolgungsbehörden, ihr besonderes Augenmerk auf solche Mißstände zu richten und bei Vergehen gegen § 49a des Mietschutzgesetzes in der Fassung vom 30. Juni v. J. mit Nachdruck einzuschreiten. Bei der Prüfung der Frage, ob ein Mietzins unangemessen ist, wird in allen zweifelhaften Fällen auf die Hinzuziehung von Sachverständigen unter Berücksichtigung der von den amtlichen Vertretungen der beteiligten Wirtschaftskreise Benannten Bedacht zu nehmen sein.

## Alle sozialdemokratischen Marine-Anträge abgelehnt.

In der Sonnabendung des Hauptausschusses wurde die Beratung des Marineetat zu Ende geführt. Bei den einmaligen Ausgaben, bei denen unter anderem die Kosten für die Schiffneubauten angefordert werden, erklärte Abg. Kuhn (Soz.), daß die sozialdemokratische Fraktion, wie im Vorjahr, die Mittel für die Kriegsschiffneubauten ablehnen werde. Da die Vertreter des Bürgerblocks alle sozialdemokratischen Anträge zum Heeres- und Marineetat ohne jede sachliche Prüfung abgelehnt haben, würden die sozialdemokratischen Mitglieder sich im Haushaltsausschuss nur noch auf einige kurze Bemerkungen beschränken und für die Beratung im Plenum sich alles weitere vorbehalten. In der Beratung sei wiederholt behauptet worden, daß das Bauen neuer Kriegsschiffe zu den wichtigsten Aufgaben für Deutschland

gehöre. Die Sozialdemokratie könne eine solche Behauptung nicht als richtig anerkennen. Sie bestreite gegenüber dem Reichswehrminister auch, daß sich das Bauen von Kriegsschiffen für die Arbeiterschaft sozial auswirke. Wohl sei die Arbeitsbeschaffung eine soziale Pflicht, die Arbeitsprodukte müßten aber auch gesellschaftlich nutzbringend sein. Wenn die Sozialdemokratie vor die Alternative gestellt würde, Kriegsschiffe oder Wohnungen zu bauen, so entscheide sie sich selbstverständlich für den Wohnungsbau. Diese Haltung werde gebilligt und gestützt von der gesamten Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft in Kiel habe die Haltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ebenfalls ausdrücklich als richtig anerkannt. Auch der Abg. Kanneberg (Dem.) erklärte für seine Fraktion, daß sie sich bei der vom Ausschuss beschlossenen Verhandlungsart an der Debatte nicht mehr beteiligen würde. Die Beratung wendete sich dann derart ab, daß alle sozialdemokratischen, kommunistischen und demokratischen Anträge in Bau- und Vogen als abgelehnt, die Kompromißanträge der Regierungsparteien als angenommen erklärt wurden. Eine größere Zahl von Personalanträgen liegt noch unerledigt im Unterausschuss.

## Scharfe Antwortnote Sowjetrußlands an England.

London, 28. Februar. (Eigener Funtenbericht.)

Die Antwort der Sowjetregierung auf die englische Protestnote ist hier am Sonntag auf telegraphischem Wege eingegangen und bereits am Sonntag der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Note ist von Litwinow unterzeichnet und verhältnismäßig umfangreich. Einleitend werden in ihr die Beschuldigungen gegen die Sowjetregierung als unberechtigt abgelehnt. Die Note führt dann eine ganze Reihe scharfer antisowjetischer Ausfälle britischer Minister auf und bezeichnet es als „fize Idee“ Englands, daß Sowjetagenten als Urheber sämtlicher Schwierigkeiten des britischen Reiches beinahe in allen Winkeln der Erdkugel hingestellt werden. Wörtlich fährt die Note dann fort:

„Die Anormalität der englisch-russischen Beziehungen ist auch die Folge davon, daß die britische Regierung in ihrer Note an Rußland bewußt von den allgemein üblichen internationalen Normen und Gepflogenheiten und selbst elementaren Anstandsregeln abweicht und von Zeit zu Zeit an die Sowjetregierung allgemein gehaltene unbegründete Anschuldigungen richtet und sich erlaubt, mit der Sowjetregierung im Ton einer Drohung mit einem Ultimatum zu reden. Die gleiche Anormalität ist auch darin zum Ausdruck gekommen, daß die britische Regierung sich in ihrer Note einen unerhörten und präzedenzlosen Ton gegenüber Litwinow erlaubt.“

Die ständigen Verleumdungen der britischen Regierung, die Bedeutung der Tatsache der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu schmälern oder gar zunichte zu machen, wie auch die neuerlichen Enthüllungen über Versuche einer Verständigung zwischen einzelnen Mitgliedern der englischen Regierung und ehemaligen zaristischen Diplomaten und Vertretern der Gegenrevolution, die auf eine erneute Intervention hinarbeiten, gestatten der öffentlichen Meinung der Sowjet-Union nicht, jene Rolle zu vergessen, die Großbritannien bei der ersten Intervention gespielt hat. Zu der sowjetfeindlichen Kampagne Englands und zu den tiefverletzenden sowjetfeindlichen Reden im englischen Parlament sowohl von Parlamentsmitgliedern als auch von Regierungsmittgliedern muß in der öffentlichen Meinung der Sowjet-Union daher Stellung genommen werden.“

In dieser scharfen Tonart fährt die Note auch zum Schluß fort, indem sie von vornherein der britischen Regierung die Verantwortung für eventuelle Aufhebung des englisch-russischen Handelsvertrages zuschreibt. Ausschließlich in den letzten Sätzen des Dokuments bezieht sich die Sowjetregierung eines anderen Tones, indem sie jedes Entgegenkommen der britischen Regierung auf dem Wege zum Frieden aufrichtig begrüßt.

In jüngster Regierungskreisen hat der Ton der Note keineswegs überhört. Man empfindet sie teilweise nach den Feststellungen einer amtlichen Agentur als unverkündet und glaubt, daß gerade die scharfen Gegner Rußlands sie zum Anlaß nehmen werden, nicht nur die Annulierung des Handelsvertrages, sondern auch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu fordern.

## Die französische Bente verliert durch Zerplitterung Mandate.

Paris, 28. Februar. (Eigener Funtenbericht.)

Am Sonntag fanden im Departement der Sarthe Ersatzwahlen zur Kammer statt. Es handelte sich darum, zwei sozialistische und einen radikalen Abgeordneten, von denen die beiden ersten verstorben und der dritte in den Senat gewählt worden waren, zu ersetzen. Wie vorausgesehen war, hat die Zerplitterung der Linksparteien den reaktionären Parteien unter dem heutigen Wahlrecht zum Sieg verholfen. Die reaktionäre Liste ist mit 30 000 Stimmen von 100 000 abgegebenen Stimmen gewählt worden. Dabei blieben die Listen der Radikalen, der Sozialisten, der Unabhängigen und der Kommunisten in der Minderheit, trotzdem sie insgesamt bedeutend mehr Stimmen auf sich vereinigten als die reaktionäre Liste.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs hat sich mit 216 vertretenen Stimmen für die Rückkehr zu dem Arrondissementswahlrecht (keinen Wahlkreisen) und mit 1100 Stimmen für die Proportionalwahl ausgesprochen.

## An Eberts Todestag,

der sich heute zum zweiten Male jährt, gehen die Erinnerungen zurück zum ersten Präsidenten der deutschen Republik, zum langjährigen Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die schlichte und eindringliche Menschlichkeit dieses Mannes aus dem Proletariat, der in schwerster Zeit bei der Schaffung der neuen staatlichen Lebensform zum Führer des Volkes wurde, hat sich im Gedächtnis der Mitlebenden allen Schmähungen zum Trotz durchgesetzt. Wie aber steht es mit seiner politischen Leistung? Ein gutes Stück von ihr ist uns heute bereits so selbstverständlich geworden, daß wir fast vergessen, wie schwer es durchzuführen war. Ein anderer Teil war zeitig gebunden wie alle politische Tat. Von ihr gilt in theoretischer Betrachtung das Goethe-Wort, daß der Handelnde immer unrecht habe, gilt aber auch jedes Lob, das der mutigen Tat als einmaliger Leistung je gezollt wurde. Ebert, der Undoktrinäre, wäre der letzte gewesen, uns auf das Schema seiner Taktik in einer ganz bestimmten Situation festzulegen und daraus eine Glaubensformel zu machen wie die Russen sie aus der wechselfollen Taktik ihres in seiner besten Zeit ebenso undoktrinären, ebenso kompromißfreundigen Staatschöpfers Lenin zu machen suchten.

Wie selbstverständlich erscheint uns heute Eberts einfache Erkenntnis, daß nach dem verlorenen Kriege Deutschland, das — anders als Rußland — unter den Geckhügen der Siegermächte lag, schon wirtschaftlich als Industrieland ohne Ausbeutung der Blockade und Verknüpfung über neuen Gütertausch mit dem Westen ausfindiggeben mußte! Es war nur die alte sozialistische Einsicht von der Internationalität der modernen Wirtschaftsorganisation und von der internationalen Bedingtheit des Sozialismus, die er angewandt. Für Rußland hieß dieselbe Einsicht, daß der Sozialismus nur durch die Weltrevolution durchzuführen sei und sonst das innere Wirtschaftskompromiß der Republik vorläufig genügen müsse. Für Deutschland bedeutete sie den Zwang zur konsequenten Erfüllung des aufgezwungenen Friedensvertrages, die allein die Möglichkeit zum inneren Neuaufbau und zum Aufstieg der in der Sphäre des Nationalismus erstehenden sozialistischen Parteien auch in den Siegerländern eröffnete. Damit war zugleich die Entscheidung in der deutschen Verfassungsfrage für den klar denkenden Sozialdemokraten gegeben: Diktatur war in einer Zeit, die die Voraussetzungen zum Sozialismus angeht, die Abhängigkeit von siegreichen kapitalistischen Staaten nicht bot, nicht nur sinnlos, sondern für die Arbeiterklasse im höchsten Maße gefährlich, da sie die Herrschaft der Klassegegner stabilisierte mußte. Demokratie auch ohne Aussicht auf baldige sozialistische Mehrheit erzielte dagegen immer noch das Höchstmögliche an Einflußmöglichkeit für die arbeitenden Klassen unter solchen Bedingungen und eröffnete die Aussicht für weiteren Aufstieg nach Aenderung der wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Eberts Situation war in höchstem Maße tragisch: ein Sozialist an der Spitze der Republik mußte den Wiederaufbau des Kapitalismus organisieren helfen, weil im anderen Falle die Arbeiter seines Landes in der gegebenen internationalen Situation hätten verhungern müssen. Seine Größe liegt darin, daß er das klar erkannte und trotzdem nicht den bequemeren Weg wählte, daß er nicht den Kampf aufgab, um sich den Seelengleichmut zu retten, wie das so viele Scheinradikale tun, die sich mit bloßer Predigt und lyrischem Bekenntnis begnügen, wenn die Idee „rein“ nicht durchzuführen ist. Durch diese Politik hat Ebert die deutsche Arbeiterklasse vor dem Schicksal der italienischen bewahrt, die heute unter dem Faschismus leidet und alle aussichtsreichen Kampfwege auf lange Zeit hinaus abgeschnitten sieht. Für diese Politik, die ihn als schmerzhaftesten Verleumdung und Schmähung von eigenen früheren Kampfgenossen einbringen mußte, hat er sich geopfert. Den „Bismarck der deutschen Republik“ hat ihn bei seinem Tode ein linkssozialistisches Blatt genannt, das ihn bei Lebzeiten scharf bekämpfte.

Ohne seine zähe Pflichttreue und Hingebung hätte der erste Reichspräsident wohl sicher dem viel zu frühen Tode noch entgehen können, vor dem ihm frühere Sorgen um sich selbst und rechtzeitige Operation nach dem heutigen Stande der Medizin bewahren konnte. Die Erinnerung an diese Tatsache kehrt gerade heute wieder, da unter ganz ähnlichen Umständen auch unser Genosse Döbner fällt.

von dem gleichen Schicksal ergriffen werden wäre. Es war Ebert, der bei seinem letzten Besuch in Breslau im Kreise der Parteigenossen auf Löbe hinwies, der die Breslauer im Interesse der ganzen Bewegung seiner Meinung nach endgültig und ganz nach Berlin in führende politische Stellung hergeben sollten. Die Zahl der Männer aus der Arbeiterklasse, die zu Leistungen wie denen Eberts berufen sind, ist angesichts des alten Bildungsmonopols der herrschenden Schichten, das nur wenige Kraftvoll zu durchbrechen vermögen, nicht allzu groß. Hoffen wir, daß derjenige unter ihnen, der uns schließlichen Sozialdemokraten am nächsten steht, dem Schicksal Eberts entgeht, um vielleicht einmal Eberts Wert zu Ende zu führen.

### Nach keine Wiederanknüpfung der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Ueber die Verhandlungen des Warschauer Gesandten Kauscher in Berlin meldet die „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin, ein Ausweg aus der verfahrenen Situation sei noch nicht gefunden und ein gangbarer Vorschlag zur schnellen Wiederaufnahme der Handelsverhandlungen durch Kauscher's Informationen bisher nicht gegeben. Optimistischer verweist heute die „Welt am Montag“ wieder auf das bevorstehende Jubiläumtreffen der Außenminister Jakseli und Strzelemann auf der Genfer Völkervereinigung und behauptet sogar, die polnische Regierung wäre anscheinend bereit, einen neuen Delegationsführer zu stellen, wenn das auch deutschseits geschehe. Es sei angebracht zu erwarten, daß man sich auch in Berlin nicht auf den bisherigen überschauen und vor jeder Initiative zurückweichenden Staatssekretär Lewand verweisen würde, zumal beide Delegationen nach der Auflösung ohnehin neu gebildet werden müßten. Ob das zutrifft, bleibt angesichts der in der bürokratischen Intrige mehr als auf dem internationalen Verhandlungshoden bewährten Gewandtheit Lewand's abzuwarten.

Richtig ist die weitere Information der „Welt am Montag“, daß nun auch die Unternehmerkreise mit Einschluß des Reichsverbandes der Industrie gegen Verhandlungen und Unterbrechungen und für Verkündigung eintreten. Einen entsprechenden Beschluß hat am Sonnabend wieder der besondere Unternehmerausschuß der Demokraten aus dem ganzen Reich gefaßt. Auch die „Breslauer Zeitung“ verweist getreulich auf die Schädigung von Schlesiens Handel und Gewerbe. Seitdem die Arbeiterklasse die Last des Weltkrieges nicht mehr alleine trägt, geht die Bestimmung der Wirtschaftskreise (mit Ausnahme der Landwirte und einiger weniger industrieller Kollektivistengewinnler) weit bis nach rechts. Selbst Graf Westarp hat in der vorigen Woche schon vernünftiger geredet als Freiherr von Rheinbaben in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ schreibt. Er hat wenigstens eine Aufrollung der Grenzfrage in diesem Zusammenhang abgelehnt. Aber mit der Enttäuschung an den bisherigen Methoden ist noch wenig gebessert, so lange die Reichsregierung nicht den Mut zu politischen neuen Vorschlägen findet, für die die Reihe an ihr ist.

### Nach dem Ende der Interalliierten Militärkontrollkommission.

Amlich wird mitgeteilt: Infolge der Auflösung der Interalliierten Militärkontrollkommission und der für den Verkehr mit dieser Kommission besonders eingerichteten Organisationen des Reichswehrministeriums ist auch die Tätigkeit des Reichskommissars und Vertreters der deutschen Reichsregierung gegenüber der Interalliierten Militärkontrollkommission beendet. Der Reichskommissar hat daher Generalleutnant von Pawels, von seiner Tätigkeit als Reichskommissar entbunden und die ihm beigegebene Militärkontrollkommission aufgelöst. Der Reichskommissar hat Generalleutnant von Pawels seinen und der Reichsregierung wärmsten Dank für die von ihm in den vergangenen 2 1/2 Jahren geleistete Arbeit, die für Deutschland von allergrößtem Wert war, ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Reichsregierung die Arbeitskraft und Sachkenntnis des Generalleutnants von Pawels noch weiter zur Verfügung stehen möchte.

### Amerikanisch-französische Schulden-Einigung?

Paris, 28. Februar. (Eigener Funkbericht.) Der „Matin“ behauptet, daß bei der französischen Regierung eine Antwort des Präsidenten Coolidge auf den Schritt Poincarés bezüglich der an Amerika auch ohne Ratifizierung des Schuldenabkommens zu leistenden Zahlungen eingetroffen sei. Die Antwort sei in außerordentlich freundlichem Ton gehalten und erkläre, daß Amerika den französischen Vorschlag annehme.

### Die Besserung im Befinden des Genossen Löbe

macht gute Fortschritte. Wenn keine Komplikationen dazu kommen, rechnen die Ärzte mit der Genesung des Patienten.

## Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole. Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Wertheimer.

**Vierzehntes Kapitel.**  
In welchem Lord Casing sich aus Gründen, die ihm selbst am besten bekannt sind, einen Erfolg liefert.  
Lord Casing war während dieser aufregenden Tage ein häufiger Gast in Scotland Yard gewesen. Sein Wunsch, Pasquett zu finden, wuchs ständig. Denn trotz aller Vorkehrungen fielen und fielen die Akten der Anglo-Affäre, und ehe Pasquett nicht auftauchte und sich bereit erklärte, die Konzeption durchzuführen, gab es keine Hoffnung auf Genesung. Selbst Mr. Benjamin's Geduld war es bisher kaum gelungen, die umlaufenden Gerüchte zum Schweigen zu bringen: Radlor's Tod habe die Hoffnungen der Anglo-Affäre vernichtet, die geplante Konzeption hinfällig gemacht und, offen gesagt, die Gesellschaft vom Ringsweg in die Sackgasse geführt.  
Lord Casing hielt sich tapfer vor der Welt und ließ eine von Optimismus triefende Rede anlässlich eines City-Banketts vom Stapel, wobei er nicht vergaß, auf die ungeheuren Möglichkeiten für britisches Kapital und britischen Unternehmertum in nicht erschöpfenen Erdteilen, insbesondere in Äthien, hinzuweisen. Er hörte, sagte er, jene, welche eigenmächtig darauf beharrten, daß Großbritannien keinen Höhepunkt überschritten habe, ebenso wenig verstehen, wie die Behauptung, daß die in modernen Wirtschaftssystemen schlummernden, ungeahnten Kräfte von britischen Geistes, gestützt auf den Reichtum des gedeihenden britischen Bürgeriums, nicht völlig ausgenutzt werden. Selbst im Augenblick eröffneten sich noch neue Perspektiven: die ruhmvollsten Ertragsmöglichkeiten britischer Geschäftlichkeit und Ausdauer dürfe erst die Zukunft bringen. Er hörte ihnen sogar, daß... aber die City war von Lord Casing's Begeisterung nicht befehrt worden. Anglo-Affäre fielen tags darauf um drei Punkte.

Wir sind allein gelassen, erweckte auch Lord Casing nicht den Wunsch von Zuerück. Er sah Bitter und gemäß drein. Aber er mit Pasquett und Benjamin zusammen, so sollte er eine



Preussischer Justizminister

wird an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand tretenden Dr. Am Zehnhoß der Zentrumsabgeordnete Dr. Schmidt (Lüdenberg). Schmidt ist 1880 geboren, trat 1902 in den Justizdienst, wurde 1913 Amtsrichter in Berlin-Lichtenberg und 1920 Kammergerichtsrat. Seit 1919 war er Stadtverordneter von Lichtenberg und seit 1920 Stadtverordneter von Groß-Berlin. Im Preussischen Landtage vertritt er den Wahlkreis Potsdam I.

### Der deutsch-englische Konkurrenzkampf.

Ein wirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns:  
Die deutsche Arbeitslosigkeit ist in der letzten Zeit wieder erheblich gestiegen, und wenn auch dabei Saisonereignisse eine erhebliche Rolle spielen, so ist trotzdem zu konstatieren, daß alle Voraussetzungen für einen günstigen Konjunkturumschwung verfrüht gewesen waren. Gleichzeitig ist auch die englische Arbeitslosigkeit trotz der fast 90prozentigen Wiedereinstellung der Kohlenarbeiter eine außerordentlich große; auch in England sprechen die offiziellen Stellen von 1 1/2 Millionen Arbeitslosen, auch in England wird so die wirkliche Arbeitslosigkeit 2 Millionen übersteigen. Wir werden daher in der nächsten Zeit eine Verschärfung des englisch-deutschen Wettbewerbs auf allen Märkten erleben, und die Frage nach den Konkurrenzansichten für die deutsche Industrie ist daher auch für die deutsche Arbeiterschaft eine außerordentlich wichtige. Vor dem Kriege war die Situation für Deutschland keine ungünstige. Die Zeiten, in denen England ein industrielles Weltmonopol besaß, waren längst vorbei. Auf vielen Gebieten war der englische Produktionsapparat hinter dem deutschen sogar stark zurückgeblieben. Das Schutzollsystem in Deutschland hatte, wenn es auch von der deutschen Arbeiterschaft als Gesamtsystem aufs schärfste zu bekämpfen war, eine umfangreiche Kartellierung erleichtert, und Deutschland war in diesem Punkte auch dadurch vor England im Vorteil, daß wichtige Rohstoffe, wie vor allem die Kohle, an wenigen Punkten konzentriert waren, während in England die Kohlenfelder sich über das ganze Land erstreckten. Auf der anderen Seite gab es auch eine ganze Reihe von Umständen, die die Position der englischen Industrie verstärkten. England war ein reiches Land, das seiner Industrie unter weit billigeren Bedingungen Kredit geben konnte, sein Kapitalexport war zwei bis drei mal so groß wie der deutsche, und es besaß dazu einen Vorzugsmarkt in seinen Kolonien. Während Deutschland überall England Konkurrenz zu machen begann, betrug der englische Export nach den englischen Kolonien knapp 5 Milliarden Mark, der deutsche dagegen nach den englischen Kolonien nur circa 420 Millionen Mark, das ist ungefähr ein Zwölftel.

Welche Veränderungen sind in der Nachkriegszeit eingetreten? Hat England seine in gewissem Umfang bestehende industrielle Zurückgebliebenheit gegenüber Deutschland ausgleichen können? Wie wirkt sich heute der deutsch-englische Konkurrenzkampf aus? Zunächst muß allgemein betont werden, daß die Gesamtbedingungen für den Konkurrenzkampf schwerer geworden sind. Denn in der Vorkriegszeit nahm der gesamte Außenhandel absolut ganz außerordentlich zu, er ist in den Jahren 1895-1913 um über 100 Prozent gestiegen. In der Nachkriegszeit hat der europäische Außenhandel, wenn man die Geldentwertung berücksichtigt und nicht aus dem Auge verliert, daß früherer Binnenhandel statistisch heute vielfach als Außenhandel erscheint (Oesterreich-Ungarn), nicht zu sondern abgenommen. Der Konkurrenzkampf zwischen Deutschland und

England erfolgt also auf schmalerer Basis. Und bei diesem Konkurrenzkampf hat, wenn man längere Zeiträume betrachtet, England die schwächere Position. Die Vorteile, die seine industrielle Zurückgebliebenheit zum Teil ausgleichen, schwinden dahin. Die Engländer verlieren ihre Vorzugstellung in den Kolonien, je mehr diese sich selbst durch-industrialisieren, und die Passivität ihrer Handelsbilanz ist so groß, daß sie keine großen Kapitalien zurzeit im Ausland anlegen können, daß also in diesem Punkte die englische Situation sich nicht mehr sehr stark von der deutschen unterscheidet. Die englische Industrie muß ihren Kredit schon fast so teuer bezahlen wie die deutsche, aber sie hat auf der anderen Seite weit schwerere Lasten zu tragen als diese, und zwar aus folgendem Grunde: England hat seine Währungsstabilität in einer Periode, in der selbst in der ungünstigsten Zeit die Entwertung seiner Valuta nie mehr als ein Fünftel betrug. Auf diese Weise ist der englische Staat mit einer Schuld belastet, die, alles in allem, die märchenhafte Höhe von 8 Milliarden Pfund Sterling, das sind 160 Milliarden Mark, erreicht. Was bedeutet dieser Latbestand für England's Industrie? Wenn der Staat Schulden in Höhe von 160 Milliarden Mark besitzt, so bedeutet das, daß bei einer Verzinsung von 5 Prozent jährlich 8 Milliarden Mark für die Verzinsung dieser ungeheuren Summe aufgewendet werden müssen. Das bedeutet, daß die Rentnerklasse nicht wie in Deutschland verschwunden, nicht wie in Frankreich dezimiert, sondern im Vergleich zur Vorkriegszeit noch gestiegen ist. Diese an Zahl also gewachsene Rentnerklasse muß ernährt werden; sie kann nur ernährt werden aus der gesamten Produktion des Landes. Daher bemühen sich die englischen Kapitalisten in immer stärkerem Umfang, das Lohnniveau der englischen Arbeiterschaft zu drücken, um auf diese Weise einen Teil der Wirkungen abzuwälzen, die sich aus der Erhaltung und Vermehrung der Rentnerklasse ergeben. Dies ist ihnen auch zum Teil gelungen, das englische Lohnniveau ist gesenkt worden; aber man kann nicht alles auf die englische Arbeiterschaft abwälzen, und so wird die englische Industrie heute in ganz gewaltigem Umfang gedrückt von Lasten, die sie in Form von Steuern zur Ernährung einer unproduktiven Rentnerklasse zu leisten hat, sie wird bedrückt in ihrer Konkurrenz gegen Deutschland. Dies ist der Grund, warum man in englischen Kreisen so oft widerspruchsvolle Äußerungen in der Frage der Stellung zum Dawes-Gutachten hört. Aber der Widerspruch in den Äußerungen ist nichts anderes als der Widerspruch in den Dingen selbst. Auf der einen Seite weiß man, daß, wenn die Lasten aus dem Dawes-Gutachten von Deutschland aus Exportüberschüssen geholt werden, daß dann die Konkurrenz Deutschlands auf dem Weltmarkt noch drückender werden wird. Auf der anderen Seite befürchtet man, wenn man auf einen Teil der Daweslasten verzichtet, daß dann die deutsche Industrie noch eine viel stärkere Konkurrenz werden wird, weil sie dann noch weit weniger mit unproduktiven Lasten beschwert sein wird. Denn in Deutschland ist im Gegensatz zu England die Rentnerklasse verschwunden, die deutsche Industrie konnte in der Inflation auf Kosten der exproprierten Mittelschichten ihren Produktionsapparat erweitern und verbessern. Und auf Basis dieses erweiterten und verbesserten Produktionsapparates nimmt sie den Konkurrenzkampf mit der englischen Industrie auf, wobei ihr noch zugute kommt, daß sie aus der Vorkriegszeit mit Schulden nicht sehr belastet ist, daß der gesamte deutsche Staat nicht höher ist, als die Verzinsung der englischen Staatsanleihen.

Sicherlich wird sich die englische Industrie verzweifelt ihrer Haut wehren; aber wie es nicht zu verkennen ist, daß der politische Höhepunkt des englischen Weltreiches überschritten ist, so ist auch der ökonomische Rückgang heute bereits deutlich zu erkennen. Er ist nur noch zu verlangsamen, nicht mehr aufzuhalten. G. G.

### Rein Deutscher Leiter der Saar-Regierung

Die Bestrebungen, als Vorsitzenden der Saar-Regierung auf der kommenden Tagung des Völkervertrates eine deutsche Persönlichkeit durchzuführen, werden nach übereinstimmenden Meldungen sowohl von der französischen als von der englischen Regierung abgelehnt. Man hält in beiden Regierungen den Zeitpunkt zur Wahl eines deutschen Vorsitzenden noch nicht für gekommen.

### Amliche Devisenkurse der Berliner Börse

		vom 26. Februar.	
1 Pfund Sterling	20,439	100 fr. Franco	16,485
1 Dollar	4,2135	100 Sch. Kronen	12,475
100 holl. Gulden	168,63	100 Schweizer Franco	81,03
100 Belg. = 500 Franken	55,66	100 Belgas	70,65
100 norw. Kronen	109,16	100 Schwed. Kronen	112,46
100 Danm. Gulden	81,78	100 Pengö	73,14
100 Österr.	13,45	100 österr. Schilling	58,319
100 dän. Kronen	112,30	100 Zlotn	46,905

ganz heitere Miene zur Schau und versicherte ihnen, daß er an Pasquett's Beteiligung oder dem Erfolg der Konzeption nicht zweifeln könne. Aber dieses Hervorheben einer heiteren Miene löste ihn viel Mühe, um so mehr, als Lord Casing neben dem Fall der anglo-äthiischen Aktien noch andere Sorgen hatte. Er ließ nicht ab, Arthur Wharton beschwörende Telegramme zu senden, keine Mühe bei seiner Suche nach Pasquett zu scheuen; er kandelte beständig Oberinspektor Willis. Im Yard an aber ist nach in der Hoffnung auf Reingelassen sogar selbst dort vor. Er unterließ kein ihm zur Verfügung stehendes Mittel, um Pasquett, wo immer er sich auch befinden möchte, von der Ermordung seines Partners zu benachrichtigen. Er unterhielt zu den ausländischen Nachrichtenstellen gute Beziehungen und sorgte dafür, daß sie genaue Berichte an kontinentale Blätter regelmäßig weitergaben und ergänzten. Zweifellos mußte Pasquett, sobald er von dem Verbrechen erfuhr, sogleich von sich hören lassen und größter Eile nach London kommen. Denn Pasquett, sollte man meinen, hatte größtes Interesse daran, die Konzeption durchzuführen. Er würde sich entweder mit der Anglo-Affäre oder der Polizei in Verbindung setzen und würde sich in beiden Fällen beeilen. Als die Tage verrannen und keinerlei Nachricht eintraf, begann Lord Casing schon zu fürchten, daß Pasquett, gleich seinem Partner, ein Unheil zustoßen sei. War er ebenfalls ermordet worden?  
Bei einem seiner Besuche in Scotland Yard verfuhrte Lord Casing Oberinspektor Willis und wurde an Blaikie gewiesen. Dies war am Tage nach Blaikie's Besuch bei Culpepper in Cusfield, und der Inspektor berichtete ihm sein Gespräch mit Culpepper. Als er auf dessen Bemerkung über Pasquett's Stepfis, mit der Anglo-Affäre zusammen zu arbeiten, und von seinem Wunsch, ein französisches Syndikat heranzuziehen, sprach, verblüffte sich Lord Casing's Laune sichtlich. Mehr als je schien es nötig, Pasquett sogleich aufzufinden, falls dieser den Posten hatte, mit einer weitverbreiteten Finanzgruppe Verhandlungen einzuleiten.  
Als Blaikie ihm von seinen Mißerfolgen bei der Jagd nach Rosenbaum erzählte, schien dies weit davon entfernt, Lord Casing's Kummer zu erhöhen. — Gegenteil, es heiterte ihn eher ein wenig auf. „Meinen Kopf weite ich“, sagte Blaikie „päter zu Willis, daß er unbedingt gegen Rosenbaum's Ergreifung ist.“ Willis antwortete, er habe von Lord Casing denselben Eindruck empfangen. „Aber warum?“ fragte Blaikie, „warum muß

lann er wünschen, daß der Mörder entkommt? Verdammt soll ich sein, wenn ich das begreife.“  
„Nur, wir sind hoffnungslos auf einer falschen Fährte und Rosenbaum ist überhaupt nicht der Täter“, antwortete Willis. „Und Lord Casing kennt ihn und will nicht, daß wir es herausbringen.“  
„Es gibt noch einen anderen, merkwürdigen Punkt, fuhr Blaikie fort. „Ich erzählte ihm, daß wir begründeter Weise annehmen, Pasquett sei irgendwo in Polen, und aus der Art, wie er es aufnahm, hätte ich geschworen, daß er bereits davon gewußt hat und von unserer Kenntnis dieser Tatsache nicht erfreut war. Aber das stimmt wieder nicht mit seinem Eifer, wir möchten doch Pasquett erlernen, überein. Auch begreife ich nicht, weshalb er Pasquett's jetzigen oder vergangenen Aufenthaltsort wissen konnte.“  
„Er hat Culpepper doch nicht gesprochen, wenn ich nicht irre.“  
„Nein, davon bin ich überzeugt. Haben Sie Nachrichten von Warschau erhalten?“  
„Bisher keine. Ich drahlte sogleich, nachdem Sie mir von Culpepper's Angaben erzählt hatten, an die Warschauer Polizei. Aber die antwortete noch nicht.“  
„Ich glaube beinahe, daß Pasquett überhaupt nicht dort ist.“  
„Sehr wahrscheinlich. Nach allem, was ich von ihm gehört habe, dürfte er in Rußland sein.“  
„Haben Sie Lord Casing betreffend, noch irgend etwas veranlaßt?“  
„Mein lieber Inspektor, was sollte ich veranlassen? Es steht einwandfrei fest, daß Lord Casing nicht in Sugdens Hotel war, als der Mord verübt wurde. Wenn Sie sich jemals Gedanken an seine Schuld durch den Kopf gehen lassen...“  
„Seine Schuld, Herr? Was wollen Sie damit sagen? Ist denn nicht Rosenbaum der Täter?“  
„Vielleicht, Blaikie. Aber Lord Casing hat sich so verdächtig benommen, daß ich es für meine Pflicht hielt, mich zu vergewissern. Jetzt aber steht es außer Zweifel, daß Lord Casing zum Zeitpunkt der Tat daheim zu Bett lag, und daß er auf keine Weise, ohne gesehen zu werden, in Sugdens Hotel gegangen sein kann.“

(Fortsetzung folgt.)

# Sozialpolitische Debatte im Reichstag

Die Reichstagsitzung wurde Sonnabend vom Vizepräsidenten eröffnet. Ein deutsch-türkisches Abkommen wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen verabschiedet. Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts für 1926/27 fortgesetzt.

Abg. Beder-Arnberg (Ztr.). Die Sozialpolitik sei durch die wirtschaftliche Lage sehr stark vorwärts getrieben worden und diese habe auch heute noch den Willen dazu. Das Zentrum nehme es sehr ernst mit der Durchführung der sozialpolitischen Gesetze, die es für die Regierungsbildung aufgestellt habe und es sei nicht anzunehmen, daß daran die neue Koalition etwas ändern werde. (Zuruf bei den Soz.: Sie werden schon zurückweichen!) Es müßte nimmermehr endlich mehr getan werden, um das Wohnungsproblem zu fördern. Die heutige Spanne zwischen Mietern und Mietserhöhungen sei zu hoch, deswegen könne man eine Mietserhöhung nicht vorübergehen lassen. In Folge aber müsse eine Erhöhung der Löhne und Gehälter sein. Die Arbeitslosigkeit sei heute noch erschreckend groß, deshalb müsse gegen das Überstundenwesen etwas als bisher vorgegangen werden. Die Sonntagsarbeit solle ganz beseitigt werden.

Abg. Thiel (D. Sp.) macht den Vorschlag, die Schulzeit ein Jahr zu verlängern, um die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen zu vermindern. Das Schlichtungswesen solle man nicht aus der Hand des Staates nehmen, so daß der Staat auch auf diesem Gebiet die Selbstverwaltung fördern könne. Der Redner behauptet dann, die Darstellung des Abg. Hoch über die Entwicklung der Sozialpolitik sei einseitig gewesen. Der Sozialpolitiker würde den Arbeitern angenehme Entlohnungen verschaffen. (Ja, na bei dem Soz.) Es sei das Verdienst der Sozialdemokratie, daß sie die Arbeiter unterstützt habe. Der Redner erklärte aber, wir ständen vor einer neuen Epoche der Sozialpolitik, die nur mit der Hilfe der christlichen Weltanschauung zu meistern wäre.

Abg. Hädel (Komm.) behauptet, daß die Haltung der Sozialdemokratie zu den heutigen sozialpolitischen Verhältnissen geführt habe. (!) Die Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums diene nur den Interessen der Unternehmer. Dann vertritt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch, den 2. März.

## Landtags-Vertagung.

Der Landtag erledigte in seiner Sonnabenditzung zunächst einige kleinere Vorlagen und schritt dann zur Abstimmung über den Einzelartikel des Landwirtschaftssetz. In fünfminütigen Reden wurden von den Abgeordneten aller Parteien noch einmal zahlreiche Mängel vorgebracht.

Abg. Simon (Soz.) forderte hierbei u. a. energische Fortsetzung der Kanalbauten, des Talperrenbaues von Limbach und der Oberregulierung im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Das Haus lehnte dann die Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunalpolitischen Abgeordneten Pieck und Grube ab. Dagegen trat im Namen der Mehrheit des Geschäftsausschusses der Berichterstatter dafür ein, die nachgeforderte Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Labemann (Komm.) zu erteilen, da dieser verantwortlich zeichnet für eine trasse Verletzung des Reichspräsidenten v. Hindenburg im Hofschellen Kamp. Abg. Pieck trat dem Antrag entgegen. Die Abstimmung soll am 17. März stattfinden. — Hierauf vertagt das Haus auf den 15. März. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht die Beratung des Kultusetz. In der Zwischenzeit setzt der Hauptausschuss die Haushaltsberatungen fort.

## Das Ergebnis der Untersuchung der Münchener Gememorde.

Im Gemeindeforschungsausschuss des Reichstags wurde am Sonnabend vormittag die Abstimmung über die Untersuchung der nach Abschluß der Untersuchung über die Münchener Einwohnerversammlung vorgelegt. Der Antrag (Soz.) wurde mit 12 gegen 8 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Dagegen fand ein Antrag Trochmann (D. Sp.) gegen die Stimmen der Linksparteien Annahme. Er verlangt, daß dem Verfahren und dem Verhalten von Verantwortlichen, die bemängelt werden, keine politischen Motive zum Vorwurfe kommen. Darauf wurde der sogenannte Vermittlungsantrag Schulte (Ztr.) in seinen einzelnen Abschnitten angenommen. Für einige Teile stimmten auch die Sozialdemokraten und Kommunisten.

Danach gelangte der Ausschuss zu folgenden Feststellungen über die Mordfälle Baur, Sandmayer, Hartung, Gareis und den Fall Dobner:

1) Die Mordfälle Baur, Sandmayer, Hartung sind in der Verabredung einzelner Mitglieder der als „Vaterländische“ bezeichneten Organisationen zurückzuführen und dienen dem Zweck der Bestrafung angeblicher Verräter an der Organisation, und als insofern Gememorde im Sinne der Begriffsbestimmung des Ausschusses in seinem Bericht vom 26. April 1926. Das Zusammenwirken der an den Verabredungen zur Tötung Beteiligten war dabei in den Fällen Hartung und Sandmayer in einem bestimmten, scheinbar geschlossenen Kreis, beschränkt, während im Falle Baur die Verabredung mehr eine zufällige war.

2) Im Falle Dobner besteht der Verdacht fort, daß es sich um einen Mordversuch gehandelt hat, der als solcher der Verurteilung unterliegen würde wie die Fälle Sandmayer und Hartung.

3) Der Fall Gareis ist, soweit Gemeindeforschung in Betracht kommen, unaufgeklärt geblieben.

4) Es liegt kein Anhalt für die Annahme vor, daß die Straftaten einzelner Mitglieder von der Gesamtorganisation gebilligt worden seien. Gemeindeforschung im Sinne des Ausschusseschlusses haben alle nicht gefunden. Es ist im Gegenteil erwiesen, daß die offizielle Leitung der in Betracht kommenden Organisationen jede Privatinitiative ablehnte. Der Ausschuss hat aber unter voller Würdigung der Verhältnisse der Jahre 1921/22 mit Bewauern festgestellt, daß die Leitung der Einwohnerversammlung zu den Taten einzelner ihrer Mitglieder zur Last gelegt werden und deren Verurteilung ihr nicht gleichgültig sein konnte, nicht innerlich der Organisation eine ausdrücklich abgelehnte Stellung eingenommen hat und nach dem Ermessen nichts getan hat, um nach Bekanntwerden des Falles Sandmayer für die Zukunft ähnliche Taten zu verhindern.

5) Die auffallende Tatsache, daß es nicht gelungen ist, Täter in den Fällen Hartung und Sandmayer zu überführen, ist auf die zum Tode verurteilten, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigten Zwangsgewer entwichenen, hat ihren Grund zum Teil in Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden, die heute als rechtfertigt erscheinen.

6) Unbegründet ist aber der gegen einzelne Justizbeamte erhobene Vorwurf pflichtwidrigen Verhaltens bei Führung der Untersuchung, insbesondere im Falle Hartung. Daß in diesem Falle etwas in der Absicht, die Täter der Strafverfolgung zu entziehen, geschehen ist, hält der Ausschuss nicht für erwiesen.

7) Im Falle Dobner erachtet der Ausschuss das Urteil für rechtfertigt.

8) Auch der allgemeine gegen Leiter und Beamte der Einwohnerversammlung ausgesprochene Vorwurf der Einnahme des Ganges der Untersuchung zur Vermeidung des Verzweckens in den Fällen Hartung und Dobner ist nicht aufrecht zu erhalten. Dagegen kann er gegen den Kriminalkommissar Glaser nicht als befristet geltend gemacht werden.

Der Ausschuss erklärt die Ursache ungenügender Aufklärung der Straftaten: 1. im Falle Hartung in der Aufhebung der Haftbefehle und in der Nichtdurchführung des Zeugniszwangsverfahrens gegen Gabemann; 2. im Falle Sandmayer in dem nicht ausreichenden energischen ersten Zugriff der Strafverfolgungsbehörde, insbesondere gegenüber Schmehlhardt; 3. im Falle Gareis in der unzureichenden Verfolgung der Spur des Janusbriefes und die Ursache der Entweichung Zwangsgewer in einer Ueberführung desselben in ein Krankenhaus ohne Ueberwachung der fächeren Unterkunft dafelbst.

Am Schluß entspann sich eine längere Aussprache über die Frage einer Gesamtabstimmung. Diese wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt, um eine Entscheidung des Geschäftsausschusses über die Befugnis des Untersuchungsausschusses herbeizuführen.

## Gegen die großpreussische Politik in der Hamburg-Frage.

wie sie Genosse Otto Braun vertritt und wie sie hier kürzlich Genosse Seibold, Rimpisch, verteidigte, machte der Berliner „Deutsche Volkszeitung“ folgende sachliche bemerkenswerten Einwendungen:

„Wer die deutschen Verhältnisse nicht kennt und nur die Reden der Regierungschefs von Preußen und von Hamburg liest, der müßte glauben: Preußen und Hamburg sind zwei feindlich gesinnte Mächte, die mindestens vor dem Abbruch der bilateralen Beziehungen stehen. Wenn der deutsche Republikaner (und Unitarier) Braun so spricht, als sei der deutsche Republikaner (und Unitarier) Peterzen von Gier nach preussischem Gebiet getrieben und Preußen genötigt, sich zu wehren gegen „das Bestreben Hamburgs, sich preussisches Gebiet einzuverleiben“, so hat man schon etwas Mühe, sich darauf zu besinnen, daß nicht der Trieb hamburgischer Bataillone dieses Streben für Preußen zu einer gefährlichen Sache macht, sondern nur die hamburgische Propaganda, in Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Frühlingsfesten, Besichtigungen, Rundfahrten usw. Ob nun in den Berechnungen über Steuerleistung Herr Peterzen oder Herr Braun Recht hat, sicher ist jedenfalls: Auf dem höheren Hof sitzt Preußen. Und wenn sein Ministerpräsident erklärt, Preußen erstrebe nicht die Aufsaugung der norddeutschen Kleinststaaten, wie diese aber ihre staatliche Existenz erhalten könnten, müßten sie selbst zusehen, Preußen werde ihnen nicht dabei helfen — dann ist das einfach eine Umkehrung des preussischen Wunsches, daß die wirtschaftliche Entwicklung, der man auch noch ein wenig nachhelfen will, die Kleinständer zum Anschluß nötigt. Preußen will mit erheblichen finanziellen Opfern die um Hamburg gelegenen Gemeinden wirtschaftlich stärken, damit sie nicht ihrem natürlichen Schwerpunkt Hamburg zufallen — also eine Art Wirtschaftskrieg zwischen Teilen der deutschen Republik. Wenn Preußen auf Schamburg-Zippe oder auch auf manchen anderen Staat einen gleichem Druck zum Anschluß ausübt, dann ist es geschichtlich im Recht. Wenn es Hamburg, das tausend gute Gründe hat, sich nicht von einem preussischen Regierungspräsidenten regieren zu lassen, dessen Verwaltung durch die Einheit der kommunalen und der Landesbehörden durchaus rationell ist, in die Rolle einer preussischen Stadt beim heutigen Zustand des Gemeindefelbstverwaltungsrechts zwingen will, dann häßt es die peinlichen Empfindungen, die sehr vielen guten Deutschen der Gedanke an ein Großpreußen erregt.“

Derartige Stimmen, denen kein Vorurteil gegen Preußen und seine jetzige Regierung anhaftet, sollten auch unsere leitenden Genossen in der preussischen Landtagsfraktion Beachtung schenken.

## Aus dem Reiche.

**Gefängnis für ein rechtsradikales Verleumdungsblatt.** Das in Essen erscheinende „Freie Wort“ hatte den früheren „Vorwärts“-Redakteur Rütner in einem Artikel, erschienen im Juni 1926, mit unerhörten Verleumdungen attackiert. So hatte das Ständeblatte unter anderem behauptet, Rütner habe während der Kämpfe um Verdun eine große Angst gehabt, er habe in Berlin bei den revolutionären Aufständen 1910 im Hinterhaus des „Vorwärts“ einen Arbeiter erschossen und sei bei einer Dortmunder Versammlung vor den eigenen Parteigenossen aus dem Saale gemiesen worden. Wegen dieser Verleumdungen stand der Schriftleiter des „Freien Wortes“, Dr. Karl Arnold, am Freitag, den 25. Februar, vor dem Schöffengericht, das den vollständigen Verleumder nach längerer Verhandlung wegen seiner unwarnten Behauptungen zu zwei Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilte. Der Staatsanwalt sprach von einer gänzlich entstellten Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse und warf dem Angeklagten vor, daß er seinen Artikel nur aus verleumderischer Absicht geschrieben habe, um den politischen Gegner herabzuziehen. Von seinen Behauptungen sei auch nicht das Geringste erwiesen.

**Aus der Preussischen Justizverwaltung.** Es wurde ernannt: Dr. Freund zum Amtsgerichtsrat in Breslau. Verlegt wurden Amtsgerichtsrat und Landgerichtsrat Schöhl in Breslau unter Befassung in der Stellung eines Amtsgerichtsrats als Landgerichtsrat an das dortige Landgericht.

## Aus aller Welt.

**Mordmörder Schmidt zu Zuchthaus begnadigt.** Die vom Schwurgericht Magdeburg dem früheren Handelskühler Schröder wegen Ermordung des Kaufmanns Hellung auferlegte Todesstrafe ist durch Erlass des preussischen Staatsministeriums vom 25. Februar 1927 in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt worden.

**Eine Familie verliert drei Kinder.** Von einem tragischen Geschehnis wurde am Sonnabend vormittag das Ehepaar Klose in der Reußstraße in Berlin-Moabit betroffen. Als das Ehepaar von der Besetzung des jüngsten Kindes zurückkehrte, fanden sie die Wohnung völlig verwaist vor. Die beiden zurückgelassenen Kinder, ein Mädchen von 2½ und ein Knabe von 1½ Jahren, lagen leblos auf dem Fußboden der Küche. Sofortige ärztliche Hilfe konnte keine Rettung mehr bringen. Unschuldig haben die Kinder mit Streichhölzern gespielt und Feuer im Ofen zu machen gesucht. Das älteste Kind, ein Sohn von fünf Jahren, hatten die Eltern zu einer Tante gebracht, damit er in ihrer Abwesenheit kein Unheil anrichten konnte. Vielleicht ist gerade diese Vorsicht zum Verhängnis geworden.

**Mit dem Auto in den Rhein.** Am Sonntag fuhr in Mannheim eine Frau Ritter mit einem gemieteten Auto-Lagometer in den Rhein und ertrank. Die Frau beabsichtigte, einen Schiffer mit einem Auto vom Rhein abzuholen. Als sie am Rheinufer wenden wollte, glitt das Auto rückwärts und fiel ins Wasser.

**Kasparich bei Diden.** In Prag wurde während zwei Tagen ein Wettkampf veranstaltet, um den schwersten Mann der tschechischen Republik ausfindig zu machen. Bei dem Kasparich bei Diden hielt am ersten Tage ein Prager Fleischer den Rekord mit 142 Kilogramm. Der schwerste Mann kam jedoch am zweiten Tage an in der Person des Fleischer Kasal. Sein Gewicht beträgt 220 Kilogramm. Der Wettkampf endete mit der Gründung eines „Klub der Diden“. Er soll die Interessen der gemäßigten Persönlichkeiten über 100 Kilogramm vertreten.

**Der Orientexpress im Schnee.** Der Orientexpress Konstantinopel-Paris ist auf 24 Stunden ausgefallen, weil er infolge außerordentlich starken Schneefalles

Der Schupverband deutscher Schriftsteller protestiert durch Beschluß seiner Hauptversammlung vom 20. Februar mit Entschiedenheit gegen die letzten Urteile des Reichsgerichts, die das bisher unbekannteste Verbot von literarischem Hoch- und Landesverrat konstruieren, und weist darauf hin, daß dadurch die durch die Verfassung verbürgte Rede- und Denkfreiheit völlig vernichtet wird. Wenn ferner die an der Herstellung und Verbreitung einer Druckschrift beteiligten Schreiber, Drucker, Buchhändler mit ihren Gehilfen und Lehrlingen für den Inhalt der von ihnen gedruckten oder vertriebenen Schriften verantwortlich gemacht werden, so wird hierdurch unverantwortlichen Angestellten ein Einspruchsrecht oder eine Art privater Zensur aufgebürdet, die mit den Grundgesetzen unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung unvereinbar ist und die unvermeidliche Konflikte und Korruptionserscheinungen herbeiführen muß.

Der deutsch-nationale Reichsernährungsminister Schiele hat dem Presseorganen des Reichsernährungsministeriums, Dr. Richter, der „Mitteil“ der Zentrumsparterie ist, gelündigt, um unter anderem auch an diese zu freierwerbende Stelle einen seiner Parteifreunde zu setzen. Die neue Ehe wirkt sich bereits schon aus!

Aus der Preussischen Hochschulerwaltung. Es sind ernannt worden: Der außerordentliche Professor Dr. Hermann in Breslau zum ordentlichen Professor in der Theologischen Fakultät der Universität Greifswald, der ordentliche Professor, Dr. Seeburg in Halle a. S. zum ordentlichen Professor in der Theologischen Fakultät der Universität Berlin.

Berufung im Röhne-Prozess. Der Oberstaatsanwalt in Potsdam legte Berufung ein gegen das Urteil gegen Röhne, der wegen Mißhandlung in einem Falle zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt und in einem anderen Falle freigesprochen worden war.

## Dr. Friedensburg wird Regierungspräsident von Kassel.

Der Provinzialausschuss des Provinzial-Landtages von Hessen-Kassel erklärte sich am Sonnabend mit dem Vorschlag der Preussischen Staatsregierung, den bisherigen Vice-Polizeipräsidenten von Berlin, Dr. Friedensburg, zum Regierungspräsidenten in Kassel zu ernennen, mit 9 gegen 5 Stimmen bei einer Enthaltung einverstanden. Die Deutschnationalen stimmten gegen den Vorschlag der Staatsregierung. Die Ernennung des Vice-Polizeipräsidenten Dr. Friedensburg zum Regierungspräsidenten von Kassel steht nunmehr unmittelbar bevor.

## Kleine Auslandsnachrichten.

Schluß mit der Irreführung durch die Internationale Arbeiterhilfe. Der sozialistische Generalrat rechnete am Mittwoch gründlich mit der Internationalen Arbeiterhilfe ab, die sich in Belgien die Sympathien mancher wohlmeinender, aber leichtgläubiger Sozialisten zu sichern verstanden hatte. Parteisekretär van Rosbroek und de Brouckere erläuterten die Arbeiterhilfe als verkappte kommunistische Zellenorganisation, deren Hauptziel die Schädigung der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften ist. Nach einem schwächlichen Verteidigungsvorwurf des linksstehenden Sozialisten Gerard, des Vorsitzenden der belgischen Arbeiterhilfe, wurde einstimmig eine Entziehung angenommen, in der die Mitgliedschaft sowie die Mitarbeit oder Unterstützung der Arbeiterhilfe als unvereinbar mit der Mitgliedschaft der belgischen Arbeiterpartei erklärt wird.

Die Krotzschiner Güter des Fürsten Thurn. Der polnische Minister hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Krotzschiner Güter des Fürsten von Thurn und Taxis im Wege der Liquidation zu erwerben. Dem Beschluß ging eine mehrstündige Diskussion voraus, die dann zu der einstimmigen Billigung dieser Maßnahme führte.

## Breslauer Produktenbörse.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 26. Februar gezeichneten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab 1. März 1927. Die Waggons sind mit Ausnahme von Futtermitteln und Sämereien, die sich nach dem Preis von Breslau verkaufen. Tendenz: Getreide: Geschäftlos. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg.)		Deffanten:	
26.	25.	26.	25.
Getreide:			
Weizen 75 kg	27,00	R. Winterweizen	34,00
Weizen 71 „	26,00	„ Sommerweizen	37,00
Roggen 71 „	25,80	„ Sommerweizen neu	40,00
Roggen 68 „	25,00	„ Sommerweizen	25,00
Hafers	19,20	„ Sommerweizen	26,00
Braugerste	24,00	„ Gute Qualität	
Mittlerer	19,00	„ Durchschnitts-Qualität	
Winter-Getreide	19,00	„ Mittlere Art und Güte	
		§§ Feine Ware über Notiz.	
Amliche Notierung für Mühlenzweckstoffe (je 100 kg.)			
	26.	25.	
Weizenm. (70%)	39,00	39,00	Auszugmehl 44,00
Roggenm. (70%)	37,25	37,75	
Feinere Sorten werden höher bezahlt.			

in Serbien im Schnee stecken geblieben war. Die Reisenden hatten während dieses unfreiwilligen Aufenthaltes sehr unter der Kälte zu leiden. Auch der Gegenzug kam nur bis Mazedonien und mußte von dort aus die Rückfahrt antreten, weil die Linie durch Schnee versperrt war.

Zwanzig Seeleute ertranken. In Newlyn (England) wurde gestern Abend ein griechischer Seemann gefangen. Der einzige Ueberlebende der Besatzung des Dampfers „Menies“, der nach einem Zusammenstoß mit einem unbekanntem Schiff fünf Meilen von Land-End am Donnerstag kurz nach Mitternacht sank. Das Rettungsboot mit der Besatzung von einundzwanzig Mann kenterte und mit Ausnahme des dritten Maschinisten fanden alle den Tod.

Wirbelsturm in Südfrankreich. Die französische Stadt Tours wurde am Sonntag von einem Wirbelsturm heimgesucht, durch den viele Gebäude umgestürzt wurden. In manchen Orten der Touraine sind auch die Dächer abgehoben und hunderte von Metern weit weggeschleudert worden.

12 Millionen Mark für eine Büchereisammlung. Eine Summe, wie sie wohl vorher noch nie für eine einzige Bibliothek erzielt wurde, wird durch die Versteigerung der berühmten Bibliothek von Britwell Court erreicht werden, deren letzter Teil demnächst zur Versteigerung gelangt. Der Verkauf dieser Büchereisammlung begann vor 17 Jahren und geschah in 19 Auktionen, die 70 Tage dauerten. 17.000 Nummern sind bereits verkauft worden, von denen der größte Teil nach Amerika ging. Der höchste Preis, der bei den Versteigerungen erzielt wurde, waren 300.000 Mark für eine besonders seltene Ausgabe von Shakespeares „Romeo und Julia“. Auf einer einzigen Versteigerung der Britwell-Sammlung wurden 1919 2.275.000 Mark erzielt, und der Erlös für das Ganze wird über zwölf Millionen Mark betragen.

Zusammenstoß in der Luft. Von den vier amerikanischen Flugzeugen, die seit einigen Tagen einen Rundflug um Amerika unternahmen, sind am Sonntagabend zwei bei Buenos-Aires zusammengestoßen. Dabei kam ein Flugzeug Feuer und verbrannte vollständig. Die beiden verunglückten flüchteten. Die Insassen des anderen Flugzeuges konnten sich bis auf eine Person durch Fallschirme retten. Der Tod des einen Fliegers wurde dadurch verursacht, daß er bei dem Zusammenstoß mit dem anderen nicht entkam.

# Nach erfolgreichem Umbau Wiedereröffnung

neiner bedeutend vergrößerten Lager

**Dienstag, den 1. März!**

Aus diesem Anlaß gewähre ich auf alle Waren einen Sonderrabatt von **15%** Sonderrabatt!

**Eleg. moderne Herren-Anzüge**  
gute Stoffe und Verarbeitung, 38,00, 39,75 **22.50**

**Anzüge in Kammerjagd und Gebirgsjagd**, prima Stoffe, beste Verarbeitung 65,00, 62,00 **45.00**

**Tanz-Anzüge**  
hochelegant mit Borte . . . 62,00 **46.50**

**Breeches-Hosen**  
haltbare Kordstoffe . . . 9,75, 7,50 **5.75**

**Kammgarn-Hosen**  
moderne Strüfen, 12,00, 9,30, 6,50 **4.75**

**Konfirmanten-Anzüge**  
nur gute Qualitäten 14,50, 19,50 **15.00**

**Eleg. Jünglings-Sport-Anzüge**  
Größe 7 . . . . . 23,50, 18,50 **14.50**

**Original Kleider-Anzüge**  
Größe 0 . . . . . 14,50 **9.50**

**Schlupfanzüge**, blau Melton, Größe 0 . . . . . 9,75 **6.75**

**Kinder-Anzüge**  
haltbare Stoffe, Größe 1, 8,75, 6,50 **4.50**

# N. Steinitz jr.

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung

**Albrechtstraße 57** 2. Haus vom Ring.

# Billiger Extra-Verkauf!

**Fertig-Inlettbezüge**, Deckbett 120/200, Kissen 75/80, Der 11.15  
Bezug m. 2 Kissen

**Fertig-Inlettbezüge**, Deckbett 130/200, Kissen 80/100, Der 13.45  
Bezug m. 2 Kissen

**1 Post. einzeln Inlett-Kopfkissen**, gute, federdichte Körperqualität Gr. 75/80 1.90 80/100 2.55

**Bettbezug aus kräft. Wäschestoff m. Gimpe**, Deckbett Gr. 120/200 Kissen Größe 75/80 **6.30**

**Bettlaken aus kräftig Rohwolle**, Größe Nr. 140/200, St. **2.05**

**Bettlaken a. starkläd. Wäschestoff od. Kreas**, Größe 130-200, Stück 2.75 **2.55**

**Bettbezug a. Inschler**, Zehenstoff, z. Schnür, Deckb. Größe 120/200, Kissen Gr. 75/80 **7.85**  
Bezug m. 2 Kissen

**2 Serien Bettlaken**, erstkl. Qual., weiß mit Kante od. durchg. gestr. Serie 1 **2.35** Serie 2 **2.65**

**Garnituren für Korbmöbel** aus gutem Satin u. Kattune mit gut. Füll. 1 Sitz u. 1 Rücken-kissen, zus. 3.75 **2.95**

**1 Posten Kokoskäufer**, einfarb. sowienatur m. Kante, gute Strapazier-qualität Meter 3.25, 2.25 **1.50**

**Gardin-u. Portieren- stangen**, 30 mm stark, Rohr verstellbar rein Messing Garn. 2.95 vermessigt Garn. **1.85**

**Ringband**, weiß, creme, goldgelb **12 Pt.**  
**Reinleinen** **3 Pt.**

**Porz.-Quasten** **6 Pfl.**  
**Porzell.-Draht- u. Einlochringe** **4 3 Pt.**

**Gardinringe**, vermessigt, Dutzend 15, 10 **8 Pt.**  
**Vitrageringe**, 16 **16 Pt.**  
Messing, Dtz. 22 **16 Pt.**

**Gard.-Zäckchen** **5 Pt.**  
**Gard.-Börchen** **3 Pt.**  
weiß u. creme m

**Gardinen-Abschluss- borte**, einf. u. doppelt, weiß, elfenbein, 16 **16 Pt.**  
leinenf., Mtr. 20

**Stoffklammer** **3 Pt.**  
**Baumwollfrans** **50 Pt.**  
grau, m. 95, 85, 60

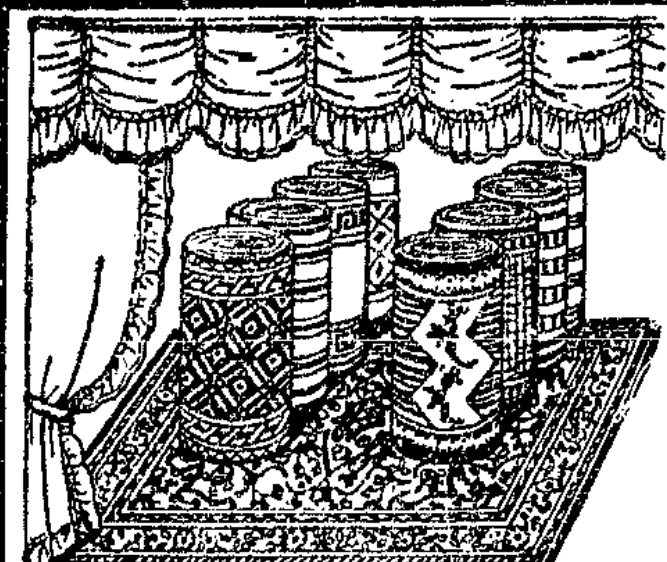
**Kinder-Metallobst- stelle**, fein weiß lack., gutes Fabrikat, Stück 15.50 **13.50**

**Metallobststelle** für Erwachsene, fein weiß lackiert, mit Patent- matratze **15.50**  
Stück

**Polstermatratzen** für Kinderbetten, pa. Jute mit Alpengras- füllung **6.75**  
Stück 8.50

**Chaiselonges**, sehr stabil verarbeitet, in versch. Bezüg. **79.50**  
St. 45.50, 32.50

**Polstermatratzen**, prima Jutegebebe, mit gut. Alpengrasfüllung, Ziel, m. Keilk. **14.50**  
Stück 16.50



**Künstlergardinen** 3teilig, gute Tüllqual., schöne Muster, Garnitur 2.95, 2.25 **1.50**

**Etaminegarnituren** 3teilig, mit Einsätzen oder Motiven, mit und ohne Volant, Garnitur 3.75, 2.45 **1.85**

**Madrasgarnituren** 3teilig, cremefarbig, mit echter, bunter Broschierung, Garnitur 3.75, 2.95 **1.95**

**Halbstores** aus gewebt. Tüll oder Etamine, m. Einsätzen oder Motiven, mit Spitzenabschluss oder Volant . . . . . Stück 2.45, 1.85 **95 Pf.**

**Etamine** ca. 150 cm breit, gute Qual. zum Anfertigen v. K.-Gardinen, Bettdecken, Stores usw. Meter 85, 65 **50 Pf.**

**Großer Posten gewebte Tüll-Gardinen** et. weiche Qualit., in viel mod. Must., f. jede Art v. Gardinen verwendb. ca. 40-65 cm breit ca. 70-120 cm breit

Mtr. 85, 65, 50, 30 Pl. Mtr. 125, 95, 85, 60 Pl.  
**Quer Borden** gewebt. Tüll, sowie Etamine, in versch. verschiedenen Breiten, mit oder ohne Volant, für Querbehänge oder Bettkissen usw. geeignet . . . . . Meter 85, 65 **48 Pl.**

**Gardinennulle** ca. 110-125 cm breit, weiß oder bunt getupit, in verschiedenen Ausführungen . . . . . Mtr. 1.45, 1.25 **98 Pf.**

**Rouleau-Röper** ca. 130 cm breit, weiß, gold oder creme, gute, kräftige Ware Meter 1.65, 1.45 **1.25**

**Verhangstoffe** ca. 130 cm brt., cremefarb., m. eingewebte Streif., echtfarb., Mtr. 1.75 **1.35**

**1 Posten Steppdecken** in pa. Verarbeitung, mit guter Füllung, aus buntem Satin mit Trikotfutter . . . . . Stück **9.75**

**Einzelne Bettvorleger** bestehend aus Velour, Boucle, Wolltapesty, sowie Juteboucle mit kleinen Fabrikationsfehlern. 30%, bis 50%, unter Preis

**1 Posten Künstler-Gardinen** ohne Querbehäng, ganz schwere Qualität, in herrlicher Ausmusterung, bis 100 cm breiter Flügel, daher auch für Rollgardinen verwendbar

Serie I **3.25** Serie II **4.75** Serie III **5.50**

**Möbel-Ripse** ca. 130 cm brt., kräft. Ware, schöne Verdünnmuster für Möbelbez. geeig. **1.25**

**Tischdecken** aus guten Fantasie-, Gobeline- sowie Ripse- stoffen, in vielen, schönen Must., Stück 9.50, 5.75, 3.85 **2.95**

**Ürwandecken** aus kräftigen, guten Fantasie- und Ripse- stoffen, schöne Perser- und Verdünnmuster . . . . . Stück 9.75, 7.50 **4.90**

**Wand-Gobeline** gewebt, sowie bedruckt Rips, schöne ausdrucksvolle Bilder, in prach- tigen Farbenstellungen, Stück 9.25, 7.75, 5.50 **2.95**

**ca. 500 Stück fertige Fenster-Vorhänge** prima Körper u. Damastqual in weiß, gold u. creme, mit Ringband, fix u. fertig z. Anmach, St. 3.95 **3.25**

**Große Posten Bett-Decken** aus 1a engl. Tüll sowie Etamine, m. Einsätzen und Motiven verarb., mit oder ohne Volant, in schöner, reicher Ausmusterung

Decke über 1 Bett **Decke über 2 Betten**  
Stk. 6.75, 5.50, 4.75, 3.25 Stk. 10.25, 8.75, 6.50, 4.85

**Waffel-Bettdecken** m. Franse od. gebogt, weiß u. bunt gemustert, weiche Qualität Stück 5.75, 4.50 **2.95**

**Teppiche** aus Jutebouclé, sehr haltb. Qual., in schön. Ausmuster., St. 24.50, 17.50 **11.50**

**Läuferstoffe** gut. Strapazierqual., schön. frisch Muster . . . . . Stück 2.25, 1.45 **1.10**

**ca. 1500 Meter Möbel-Kattune** ca. 80 cm br., in Resten u. Kupons bis zu 8 Meter, schöne Blumenmuster, für Vorhänge und Kissenbezüge geeignet, Meter **58 Pf.**

**ca. 1000 Meter Künstler-Kretonne und Satins** in Kupons und Resten bis zu 6 Meter, 80 cm breit, herrl. neue Muster, echtfarb., f. Dekorationen, Bettbespann., Kissen usw., durchweg Meter **95 Pf.**

**Plättbrotter**, gut gepolstert, 160 cm lang . . . . . Stück **3.95**

**Plättbrotter**, fein ver- nickelt . . . . . Stück **3.95**

**Waschbrotter**, Hart- holz, mit extra starker Zinkeinlage . . . . . Stück **1.35**

**Fensterschwämme**, Leder . . . . . Stück **25 Pf.**

**Wurzel- schraubst. St. 42**  
**Scheuerbürst.** **20 Pf.**  
Wurzel **Stück 20 Pf.**

**Waschwannen**, verzinkt mit Messing-Ab- laufschräube, 80 cm . . . . . Stück **11.95**

**Wasserelmer**, 28 cm emalliert . . . . . Stück **75 Pf.**

**Glühstrümpfe**, Nor- mal-Hängelicht mit kl. Fehlern . . . . . Stück **25 Pf.**

**Fußbadewannen**, Holzstoff . . . . . Stück **3.00**

**Waschbecken**, weiß, von Garnituren, 40 cm . . . . . Stück **2.00**

**Volkbadewannen**, 1a verzinkt . . . . . Stück **16.50**

**Haushaltsleitern**, 8 Stufen . . . . . Stück **6.95**

**Gardinenzangen**, Holz, 130-145 cm lang, dunkel, durchweg Stück **1.00**

**Waschkörbe**, oval 75 cm . . . . . Stück **3.00**

**Aermelplättbrotter**, gepolstert . . . . . Stück **95 Pf.**

**Ascheimer**, lackiert, 28 cm . . . . . Stück **1.00**

**Salatätze**, Satz 5 Stück **78 Pf.**

**1 Posten Porz.-Kom- pott- u. Abendbro- tter** mit kl. Fehlern, zum Ausschauen durchweg Stück **10 Pf.**

**Goldrandlinsen** mit Unterlassen . . . . . Stück **30 Pf.**

**Goldrand- blecher** **95 Pf.**  
6 Stück zus. **50 Pf.**

**Stangenvasen**, 32 cm, mit abgeschlif. Boden . . . . . Stück **50 Pf.**

**Stadttheater**  
Montag 8 Uhr:  
13. Wonn.-Vorstellung  
Serie D  
„Das Rheingold“  
Dienstag 8 Uhr:  
„Der Mikado“  
Mittwoch 8 Uhr:  
14. Wonn.-Vorstellung  
Serie B  
Der Troubadour

**CIRCUZ  
BUCH**  
Heute Montag  
8 Uhr Schluss!  
Gr. Abschieds-  
Vorstellung mit  
„Tarzan“  
**Auktion**  
4. März 1927, vorm. 9 Uhr  
**Leihhaus Rother**  
Brandenburger Straße 24  
**Elegante  
Masken**  
von 2 Mt. an, sowie Neu-  
anfertigung billig!  
Zander, Gellhornstr. 28, I.  
**Damenmäntel** 8.00  
um zu räumen von 3 an  
in großer Auswahl  
Urban, Karstr. 1, 2. Stg.  
Die „Frauenwelt“ des Frau-  
Zus. Lesz., Henke und Schwend  
**Frauenwelt**  
Eine Halbmonatschrift  
für die Frau  
des schaffenden Volkes.  
Preis 30 Pf.  
Zu bestellen  
bei allen Zeitungsträgern.  
**Oberbett, 2 Rippen**  
mit rotm. Tüll **17**  
für 24.00 Mtl. zu verkaufen  
Freiburger Str. 5, hp. links  
**Berlinale**  
**Konfirmanten- u. Jng.-  
Anzüge**  
billig u. bez. Burgstraße 7  
Krawalski. 6702

**Stadttheater Breslau**  
(Opernhaus)  
Sonntag, 6. März, abends 8 Uhr:  
**Einmaliges Gastspiel  
Max Roth**  
(Staatsoper, Berlin)  
**„Rigoletto“**  
Oper von Verdi 6707  
Rigoletto: Max Roth u. G.  
Eintrittspreise: Gruppe V (v. 1-10 Mtl.)

**Weißer Eis-Bock**  
Ausschank im  
**Weißem Hause**  
nur am  
Fastnachts-Dienstag, den 1. März  
Wiesner-Brauerei, Neumarkt 27  
Das so beliebte  
**Wiesner-Bier**  
in Flaschen **2631**  
**ist wird frei Haus**  
geliefert

**Berufskleidung  
MADE  
Arbeitsbosen**  
in allen Längen und Weiten  
Oskar Dehmel, Breslau, Neumarkt 45

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne.  
Tel. Stephan 36304.  
Täglich 8 Uhr:  
Der große Heiterkeitserfolg!  
In  
der  
**Johannisnacht**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Zum 25. Male:  
In  
der  
**Johannisnacht**  
Sonntag, nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Das  
Dreimäderlhaus**

**Robe-Theater**  
Tel. Ring 6774  
Montag, Dienstag  
abends 8 Uhr:  
**„Ein toller Herr“**  
**Thalia-Theater**  
Tel. Ring 6700  
Montag, Dienstag  
abends 8 Uhr:  
**„Solone“**

**Ueblich-Theater**  
Heute Montag:  
**Abschieds-  
Vorstellung**  
des sensationellen  
Fabrizio-Programms  
Kassierpreis  
von 50 Pf. an

**Brauerei und Ausschank**  
**„Zum großen Meerschiff“**  
Reussstraße 23  
2 Min. von Königsplatz  
Inh. Erich Vogel  
Fernsprecher R. 2258  
Nur am Fastnacht-Dienstag, den 1. März:  
**EIS-BOCK**  
in Flaschen und Siphons frei Haus. 694

Durch persönliche Einkäufe haben wir **1 Waggon Linoleum** außergewöhnlich günstig erworben.  
Nur erste deutsche Fabrikate.

**Läufer, Teppiche und Rollenware**  
zu ganz billigen Ausnahmepreisen.

**Linoleum-Läufer**, 1 farb. u. Kante, sowie gemustert, mit kl. Fehlern ca. 133 110 90 67 60 cm br.  
**4.60 3.80 3.00 2.20 2.00**  
**Linoleum-Läuferreste** in Längen bis 5 Meter, gemust. sowie einfarbig mit Kante  
ca. 90 cm br. Mtr. **2.70** ca. 67 cm br. Mtr. **2.00**  
**Linoleum-Ausgeware** 200 cm breit, parkett und gemustert, in Compos bis zu 6 Meter mit kleinen Selbstklebfehlern **2.95**  
Quadratmeter



**Linoleum-Teppiche**, schöne aus Linoleum-Resten, schön, bedruckt Muster  
150x200 200x250 200x300 cm  
**11.95 19.85 23.80**  
**Linoleum-Vorlagen** in versch. denen schönen Mustern,  
Gr. 45x65 70x90 70x115 90x130 cm  
St. **1.10 2.25 3.00 4.30**  
**1 Post. kleine Linoleum-Reste** in braun, in versch. Größ. z. Belegen v. Küchentisch, als Waschtischvorl., u. Balg usw. Rest **1.65, 1.35, 95 75 Pf.**

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. Februar.

Grundgebung der Kleingärtner.

Der Verband niederschlesischer Kleingartenvereine hielt gestern im Breslauer Gewerkschaftshause den 6. schlesischen Kleingärtnerstag ab, der am Vormittag mit einer öffentlichen Versammlung im großen Saale verbunden war.

Als Redner zu dem Thema: „Vollsgesundheit und Kleingartenbau“ war Reichstagsabgeordneter Dr. Moses aus Berlin vorgelesen. Der sich aber telegraphisch und durch Eiltelogramm mit entschuldigter, daß er durch das Befinden des Reichstagspräsidenten Paul Löbe in Berlin festgehalten sei.

In der Aussprache kamen aus Breslau besonders Beschwerden aus dem Verein „Zum Trischen“ zur Sprache, dem das Gelände zugebilligt wurde, ohne daß er geeignetes Erläuterung zugewiesen erhielt.

Stadtrat Lasse wies auf die engen Verhältnisse der Stadt bis zur Eingemeindung hin. Im neuen Bebauungspläne sind 3000 Dauerkleingärten vorgesehen, so daß dann dem Bedarf genügt sein wird.

Stadtvorordneter Darf versicherte den Kleingärtnern das größte Interesse, das die Sozialdemokratie an ihrer Bewegung nimmt. Sie werde ihr möglichstes tun, um den Kleingartenbau zu fördern!

Stadtvorordneter Scholz betonte die engen Beziehungen zwischen Kleingartenbewegung und Bodenreform.

Stadtrat Hoffmann aus Brieg betonte, daß in den Kleingärten Mittelstädten heute noch dieselben Klagen bestehen, als in der Großstadt Breslau.

Reclmüller-Riegnitz regt an, Presse, Schulen, Vereine im Kampf für die Bewegung zu interessieren.

Ende-Peterswaldau führte aus: In seinem Orte habe es wenig Land für Kleingärten, aber es gehöre dem Grafen Stolberg, der Gewalt über die Kleingärtner hat. So seien sie vollkommen unsicher, noch unsicherer als etwa in Breslau. Wo es Ortsbesitz gibt, steht es schlecht um die kleinen Leute. Hunderte von Morgen liegen in den Gutsbezirken brach, aber für Kleingärten gibt man nichts her.

Stadtvorordneter Udelst sagte, daß auch die Kommunisten für die Kleingartenbewegung eintreten wollen.

Frau Winkler dankte dem Breslauer Magistrat und den Stadtvorordneten für die Erhaltung der Gärten auf der Pflanzertal. Nachdem die Debatte erschöpft war, wurde folgende Entscheidung angenommen:

Der 6. schlesische Kleingärtnerstag richtet anschließend an einen Vortrag des Herrn Regierungsobersichters Tischler aus Breslau „Vollsgesundheit und Kleingartenbau“ an die Staats- und Gemeindebehörden die dringende Bitte, künftig die zur Förderung und zum Schutze der Kleingärtner erlassenen Bestimmungen, insbesondere dem Erlaß vom 6. Februar 1923 — Nr. 3, Nr. 1503 — volle Beachtung zu schenken, damit Fälle vermieden werden, in denen Kleingärtner ihre Gärten aus wichtigen, im Kleingartengesetz vorgezeichneten Gründen, aufgeben müssen, ohne in Land oder anderen Gegenwerten entschädigt worden zu sein.

Herrschaftliche Frechheiten.

In einem Teil der bürgerlichen Presse werden zurzeit unter der Ueberschrift „Wir und die Diensthöten“ sogenannte Ratshläge einer praktischen Hausfrau abgedruckt. Die Ratshläge lauten wörtlich:

- 1. Vor allem biete deiner kommenden Donna einen Stuhl, wenn du mit ihr über ein Engagement verhandeln willst, höflich und zuvorkommend, damit du einen guten Eindruck machst!
2. Entschuldige dich bei ihr, daß du eine Fünfstimmige Wohnung inne hast und sie nur eins davon bekommst!
3. Erkläre ihr deinen einfachen Mittagstisch, aber biete ihr gleichzeitig an, sich etwas Besseres zu leisten!
4. Gehalt wohl nach Uebereinkommen, aber keinesfalls weniger, als sie gern möchte.
5. Der Bräutigam kann natürlich jederzeit kommen und warmes Essen geben lassen.
6. Einkäufe laß sie alle besorgen, nur die Sachen, die schwer zu tragen sind, besorge selbst!
7. Verlange nie, daß die Sache so oder so gemacht werden soll, denn das Mädchen weiß es ja doch in den meisten Fällen selber als du!
8. Laß dein Dienstmädchen ausschlafen, es ist sonst schlechter Laune, wenn es noch müde ist!
9. Zum Frühstück gib ihr reichlich Butter, du kannst ja Butterlake essen!
10. Gönne ihr ihre Mittagsruhe und höre sie nicht, wenn sie zwischenläutet, kann ja dein Mann öffnen.
11. Laß Gaste ein, damit das Mädchen Trinkgeld bekommt, du aber leiste an diesem Tage Doppeltes.
12. Gib ihr reichlich zu Weihnachten, vor allem hübsche Kleidung, gute Mäße! Damit sie — wenn sie dir kurz nach Weihnachten kündigt — die neue Stellung recht nett und adrett antreten kann.

Diese Zeilen kennzeichnen so recht den Zynismus und die Arroganz, mit der gewisse Kreise den wirklich nicht beneidenswerten Diensthöten gegenüberstehen. Dieselben Diensthöten, deren Unfreiheit bekannt ist, die vielfach unter den empfindlichsten Verhältnissen kampieren müssen, die Zielscheibe für die Launen ihrer Arbeitgeber sind und sich mit Bettelpennungen für ihre harte Arbeit abfinden müssen, werden hier als Menschen hingestellt,

deren Bequemlichkeit, Faulheit u. Gefährlichkeit kaum noch zu überbieten sind. Sich über solche Einstellung aufzuregen, ist zwecklos. Die beste Antwort wird dem bornierten Volk gegeben, wenn sich die Diensthöten geloben, nun erst recht auf dem Posten zu sein und Schutz in der Hausangestelltenorganisation zu suchen.

Noch einer!

Am 25. Februar hat sich in seiner Wohnung Herderstraße 49 der 47 Jahre alte Oberstadtschreiber Hermann Ruppel mit einem Gewehr erschossen. Veranlassung zu der Tat ist vermutlich gewesen, daß Ruppel die Einkünfte aus der Verwaltung des der Wagner-Stiftung gehörigen Hauses abrechnen sollte. In welcher Höhe sich Ruppel hierbei Unregelmäßigkeiten hat zuschulden kommen lassen, muß erst durch die eingeleitete Untersuchung aufgedeckt werden. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Oberstadtschreiber Mag Ruppel, Hochstraße 11, der als Prozeßvertreter des Jugendamtes bekannt ist, mit der Angelegenheit in keinerlei Verbindung steht.

Stadtvorordnete und Stadträte.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat morgen, Dienstag, abends, eine wichtige Sitzung im Gewerkschaftshause.

Dem Reichsbanner ein dreifaches „Rot Front“!

In der letzten Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß „Rote Frontlämpfer“ das Reichsbanner beim Vorbeimarsch in ihrer Kameradschaftlich grüßten. Andererseits aber wird in der kommunistischen Presse andauernd gegen das Reichsbanner gehetzt. Das ist die alte zwiespältige Art, die wir von dieser Seite von jeher gewöhnt sind. Abwechslung fordert man die „Einheitsfront“ und geschlägt sie auch von selbst immer wieder. Das Reichsbanner würde die „Roten Frontlämpfer“ sicher als Kameraden achten, wenn sie sich auf den Boden der Verfassung stellen und den Kampf gegen die Republikaner für gewesen erklären wollten, ebenso wie wir als Sozialdemokraten nichts gegen ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten haben würden, wenn da drüben nur der nötige ehrliche Wille zur dauernden Verständigung vorhanden wäre. Aber jeden Tag wechseln bei den Kommunisten die Parolen, und keiner von ihnen ist zu trauen.

Bund für Freidenkertum und Feuerbestattung.

Freitag, den 4. März, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Mastus über die Vereinigung der Gemeinschaft proletarischer Freidenker mit dem Bund für Freidenkertum und Feuerbestattung zu einem Bunde berichtet wird. Der Besuch der Versammlung ist sehr zu empfehlen.

Der Reklorbdieb Barbe vor Gericht.

Wieder wird demnächst in Breslau ein Mieseprozeß verhandelt werden. Es handelt sich um den 40jährigen Schmied Josef Barbe, der sich bekanntlich selbst des Diebstahls in vielen hundert Fällen bezichtigt hat. Nachprüfungen seiner Angaben ergaben, daß an den von ihm angegebenen Stellen tatsächlich Einbrüche verübt worden waren, auch die von ihm angeführten näheren Umstände stimmten mit seinen Angaben überein. Da es sich hier um einen ganz außerordentlichen Fall handelt, glaubte man zunächst, es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben. Die ärztliche Beobachtung hat aber hierfür keinen Anhalt ergeben. Gegen Barbe wird nunmehr Anfang April der Prozeß wegen einer großen Anzahl einjähriger und schwerer Diebstähle stattfinden. Außer mehreren hundert Einbrüchen will er auch 187 Fahrräder gestohlen haben. Da gegen 200 Zeugen geladen sind, wird der Prozeß mehrere Wochen dauern. Einerseits wird auf eine Reihe Zeugen verzichtet werden können, doch dürfte sich andererseits auch die Ladung weiterer Zeugen als notwendig erweisen. Mit Barbe zusammen sitzen noch sieben weitere Personen auf der Anklagebank, die von Barbe entweder der Beihilfe zum Diebstahl oder der Schere bezichtigt werden.

Was muß der Erwerbslose von der Notstandsarbeit wissen?

Nach den Bestimmungen des Reichsarbeitsministers dürfen nur die öffentlichen Arbeitsnachweise Notstandsarbeiter vermitteln. Bei dieser Vermittlung erhalten diejenigen Erwerbslosen den Vorzug, die nach den Bestimmungen des Gesetzes über die „Arbeitsfürsorge“ unterstützt werden. Sonst können nur solche Erwerbslose Notstandsarbeiten erhalten, die mindestens zwei Wochen Erwerbslosenunterstützung beziehen. Daß diese Voraussetzungen vorliegen, ist durch den Arbeitsnachweis, von dem die Erwerbslosen vermittelt werden, zu beschleunigen. Bei Notstandsarbeiten sollen in erster Linie Erwerbslose verwendet werden, die schon längere Zeit erwerbslos sind. Zu Arbeiten, mit denen ein Wechsel des Wohnortes verbunden ist, sind jugendliche und wohnungslose Erwerbslose bevorzugt heranzuziehen, zu Notstandsarbeiten am Wohnort aber Familienväter. Für die Vermittlung selbst gelten auch die Vorschriften des Arbeitsnachweisgesetzes, die unter anderem auch lauten:

Die Vermittlung ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Die Vermittlung hat unparteiisch und ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu irgendeiner Vereinigung zu erfolgen. Bei der Vermittlung ist auch dafür Sorge zu tragen, daß möglichst geeignete Arbeitsträfte gestellt werden, während weibliche Arbeitnehmer möglichst durch sachmännliche Angestellte zu vermitteln sind. Die Dauer der Notstandsarbeit beträgt im Höchstfall drei Monate und die Beschäftigung als Notstandsarbeiter darf sechs Monate innerhalb eines Jahres nicht überschreiten. Der Notstandsarbeiter muß von seiner Arbeit abgerufen werden, wenn der Arbeitsnachweis ihm eine Arbeit nachweisen kann. Abrechnungsgründe können sich nur auf den § 13 der Verordnung über die Erwerbslosenunterstützung stützen, wonach der Erwerbslose nur dann die zugewiesene Arbeit ablehnen kann, wenn für diese Arbeit nicht der angemessene ortsübliche Lohn, also Tariflohn, gezahlt wird, die Unterkunft fiktional bedenklich ist und die Versorgung der Familien bei Verheirateten unmöglich wird.

Die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten ist eine Form der Erwerbslosenunterstützung, die als Beschäftigung gegen Entgelt im Sinne der Reichsversicherung und als Beschäftigungsverhältnis im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Daraus ergibt sich für den Notstandsarbeiter die Versicherungspflicht gegen Krankheit und Invalidität, und wenn der Lohn die einkommensteuerfreie Grenze übersteigt, auch der Lohnsteuerabzug.

Die Notstandsarbeiter erhalten anstelle der Erwerbslosenunterstützung eine Vergütung, die der Leistung anzupassen ist. Soweit die Art der Arbeit es irgend zuläßt, ist eine Akkordvergütung oder die Gewährung von Leistungsprämien vorzuziehen. Falls dieses nicht möglich ist, muß mindestens ein bestimmtes angemessenes Maß an Arbeitsleistung für den Arbeitslohn festgesetzt werden. Mit dieser Festsetzung bestimmt sich die Vergütung der Notstandsarbeiter, d. h. der Lohn, in ihrer Höhe nach der tariflichen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, nach der ortsüblichen Entlohnung für Arbeiten gleicher Art am Ort der Notstandsarbeit.

Jeder unterstützte Erwerbslose ist verpflichtet, eine Beschäftigung bei einer Notstandsarbeit unter denselben Bedingungen anzunehmen, unter denen er nach § 13 Abs. 1 der Verordnung über die Erwerbslosenunterstützung ein Arbeitsangebot annehmen muß. Dieser bejagt: „Daß die Unterstellung zu verlagern oder

zu entziehen ist, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit, füngemäß auch Notstandsarbeit, anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufes und Wohnortes liegt, ihm aber nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann.“

Werden Erwerbslose zu einer Notstandsarbeit überwiesen, so kann ein Wechsel des Aufenthaltsortes notwendig machen, so kann aus Mitteln der Erwerbslosenunterstützung eine Fahrt an den Beschäftigungsort bewilligt werden. Den zurückbleibenden Familienangehörigen können für die Dauer der Beschäftigung als Notstandsarbeiter die Familienzuschläge der Erwerbslosenunterstützung ganz oder teilweise gewährt werden.

Soweit die Heranziehung von Erwerbslosen zu Notstandsarbeiten dadurch verhindert wird, daß ihnen die erforderliche Arbeitsausrüstung nicht zur Verfügung steht, so darf ihnen das Fehlen aus Mitteln der Erwerbslosenunterstützung vorgezahlt werden. In Fällen besonderer Bedürftigkeit kann auf die Rückzahlung bis zum Zwölftfachen des täglichen Unterhaltungslages verzichtet werden.

Für Breslau besteht eine Arbeitsordnung für Notstandsarbeiter, deren wichtigste Bestimmungen hier folgen:

Bei der Arbeitsannahme ist Steuer- und Invalidentaxe abzugeben. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt acht Stunden. Während der Arbeitszeit sind ein oder zwei Ruhe- und Erhauungszuglegen, deren Dauer bei einer Pause eine halbe Stunde, bei zwei Pausen 40 Minuten nicht überschreiten soll.

Für Arbeitszeit innerhalb der Stadtgrenze wird eine Laufzeit nicht bewilligt, für Arbeitsstellen außerhalb der Stadtgrenze 8,5 Kilometer vom Mittelpunkt der Stadt, wird in der Regel eine Laufzeit vergütet.

Bei etwaigen Verspätungen tritt im dritten Falle die Zurückweisung als Notstandsarbeiter für den ganzen Tag ein. Die Zahlung des Lohnes erfolgt während der Arbeitszeit. Die Vergütung der Notstandsarbeiter erfolgt nach Stundenlöhnen.

Die Lohnsätze werden durch den Verwaltungs- bzw. Untersuchungsausschuß festgelegt. Bei Arbeitsverweigerung oder Mindestleistung kann der Notstandsarbeiter jederzeit entlassen werden.

Die Unfallverhütungsvorschriften sind streng zu befolgen. Während der Krankheit wird Lohn nicht gewährt, da die Leistungen der Krankenkasse eintreten. Urlaub wird nicht gewährt; bei besonders notwendiger Arbeitsvermittlung wie schwere Erkrankungen, Sterbefälle usw., erfolgt keine Bezahlung der veräumten Stunden. Anträge auf Beileidung sind sofort nach Zustimmung der Notstandsarbeit zu stellen.

Die Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes finden keine Anwendung, doch kann auf Arbeitsstellen von wenigstens 15 Erwerbslosen ein Verbindungsorgan gewählt werden, der durch sein Alter, Erfahrung und Charakter den Arbeitsfrieden zwischen den Notstandsarbeitern und den Trägern der Maßnahmen zu wahren versteht.

Kostenloser Rat, Auskunft und Hilfe für alle Erwerbslose, auch Frauen und Mädchen, von Montag bis Freitag, 9—11 Uhr, Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses, durch die Erwerbslosen-Kommission der SPD.

Die Pressekommission hat Genossen Meißner, Nordstraße 40, zum Vorsitzenden, Genossen Dr. Fritz Lewy zum Schriftführer gewählt. Alle Zuschriften an die Pressekommission sind an die Volkswacht-Buchdruckerei, Kurze Straße 4/6, zu richten.

Gewerkschaftshaus. Auf das am morgigen Dienstag im kleinen Saale und Restaurant des Gewerkschaftshauses stattfindende Volksfest und Schweinischlachten werden die Genossen nochmals aufmerksam gemacht. (Siehe Inserat in der Sonnabendnummer.)

Am Magdalena-Gymnasium fand am Freitag die Reifeprüfung unter Vorsitz von Geh. Regierungs- und Oberschulrat Dr. Janken statt. Die Patronatsbehörde war durch Stadtschulrat Dr. Lauterbach vertreten. Die vierzehn Prüflinge, die zugelassen waren, bestanden sämtlich.

Ein Vortrag über Alkoholismus hält heute abend Prof. Dr. Rosenfeld in einer Versammlung des Ausschusses für gesundheitliche Volksaufklärung im städtischen Jungmännersheim, Matthiaskunst 2. Der Eintritt ist frei.

Breslauer Volksbühne. Alle Mitglieder der Stammgemeinde, für die in der Zeit vom 26. Februar bis zum 11. März eine Vorstellung von „Dolpone“ im Thalia-Theater nicht vorgehen ist, erhalten in der Geschäftsstelle, Albrechtstr. 32, Gastkarten zu diesen Vorstellungen zum Einheitspreis von 1,50 Mk.

16. Ziehungsstag Preussische Süddeutsche Klassenlotterie. Wie uns die Lotteriebahn K r n d t, Breslau 5, Echaus-Lauenhagenplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: 10 000 Mark auf Nr. 130 408, 193 976, 239 234; 5000 Mark auf Nr. 67 337, 282 474; 3000 Mark auf Nr. 43 669, 68 594, 116 591, 217 191, 232 577, 242 091, 246 414, 313 457; 2000 Mark auf Nr. 43 152, 51 668, 108 843, 127 247, 145 372, 157 045, 160 250, 168 163, 193 298, 228 057, 239 348, 259 838, 308 941, 309 975, 344 481; 1000 Mark auf Nr. 887, 18 079, 18 709, 18 808, 49 143, 64 225, 66 127, 76 368, 87 244, 92 907, 102 753, 108 041, 113 257, 128 897, 153 658, 156 572, 157 582, 183 106, 173 051, 180 664, 197 505, 197 843, 200 737, 218 631, 215 312, 215 450, 223 946, 244 383, 253 477, 273 005, 285 143, 286 973, 296 360, 312 517, 314 187, 338 332.

Die Hundebesitzer protestieren Mittwoch abends 8 Uhr, im Zingenhause gegen die hohe Hundsteuer. (Siehe Inserat.)

Selbstmord. In besinnungslosem Zustande wurde am Freitag abend im Coseler Stadtwald auf einer Promenadenbank der Buchhändler Paul B i t t e r m a n n, Alsenstraße 63, aufgefunden. Bei dem Schwerverletzten wurden ein K o p f - D u r c h s c h u ß, mehrere Schußverletzungen an den beiden Oberschenkeln und blutunterlaufene Stellen an beiden Armen festgestellt. Kurz nach der Entlieferung im Allerseitigen-Hospital ist Bittermann, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verstorben. Der Befund ergab, daß die zuckende Hand des Bewußtlosen die Schußverletzungen an den Oberschenkeln verursacht hatte.

Ein unbekannter Betrüger geht in Abwesenheit von Ärzten in deren Wohnungen und gibt angeblich bestellte Medikamente ab, für die er sich vom Personal Beträge bis 60 Mark geben läßt. Das abgegebene Paket enthält in der Regel Gips. Der Schwindler kann Reinhard Fischer heißen. Er ist 1,75 Meter groß, 30 bis 33 Jahre alt, schlank, gute Haltung, podernarbiges gelbliches Gesicht. Falls der Betrüger erneut auftritt, ist er dem nächsten Polizeibeamten zu K. P. III b zur Festnahme zu übergeben.

Einbruch in der Markthalle. In der Nacht zum 24. Februar sind bisher unbekannt Täter in der Markthalle Ritterplatz in einen Fleischverkaufstand eingestiegen und haben etwa 1 1/2 Zentner Speck und 20 Pfund Wurstwaren verschiedener Sorten entwendet. Nachrichten über die Täter erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 57.

Die Feuerwehr mußte am 28. Februar, mittags 1/2 1 Uhr, nach Gräbchenstraße 49 ausrücken. Durch Unvorsichtigkeit beim Umgange mit Licht war in einem Wirtschaftskeller eine Holzwanne mit einem Regal in Brand geraten. Das Feuer konnte mit der Eimerpritze gelöscht werden. Am 27. Februar, nachts kurz vor 1 Uhr, mußte die Feuerwehr Redorfstraße 118 einen Wasserhahn auf der Straße besichtigen. Gegen 1/2 1 Uhr früh war durch Unvorsichtigkeit beim Umgange mit Streichhölzern R o s t e r s t r a ß e 46 in einer im vierten Stock gelegenen Wohnstube Holz und Stroh in Brand geraten. Auch hier konnte das Feuer mit der Eimerpritze gelöscht werden. Abends gegen 8 Uhr erfolgte ein Alarm nach G a r t e n a, G r e s c h w e i d n e r s t r a ß e. Ein dort tauchender Schwamm war die Ursache des Alarms.

Montag, 17. Sept., Montag, 17. Sept. 1918  
Dienstag, 18. Sept., Dienstag, 18. Sept. 1918  
Mittwoch, 19. Sept., Mittwoch, 19. Sept. 1918  
Donnerstag, 20. Sept., Donnerstag, 20. Sept. 1918  
Freitag, 21. Sept., Freitag, 21. Sept. 1918

**Freiwillige Arbeiter-Kasse**

Montag, 17. Sept., Montag, 17. Sept. 1918  
Dienstag, 18. Sept., Dienstag, 18. Sept. 1918  
Mittwoch, 19. Sept., Mittwoch, 19. Sept. 1918  
Donnerstag, 20. Sept., Donnerstag, 20. Sept. 1918  
Freitag, 21. Sept., Freitag, 21. Sept. 1918

**Sozialistische Arbeiter-Kasse**

Montag, 17. Sept., Montag, 17. Sept. 1918  
Dienstag, 18. Sept., Dienstag, 18. Sept. 1918  
Mittwoch, 19. Sept., Mittwoch, 19. Sept. 1918  
Donnerstag, 20. Sept., Donnerstag, 20. Sept. 1918  
Freitag, 21. Sept., Freitag, 21. Sept. 1918

**Von den Arbeiter-Kindern**

Montag, 17. Sept., Montag, 17. Sept. 1918  
Dienstag, 18. Sept., Dienstag, 18. Sept. 1918  
Mittwoch, 19. Sept., Mittwoch, 19. Sept. 1918  
Donnerstag, 20. Sept., Donnerstag, 20. Sept. 1918  
Freitag, 21. Sept., Freitag, 21. Sept. 1918

**Amüßiger Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums  
Kriern bei Breslau.**

Die erste Regenfront der Jahres 10 A II im Laufe des Sonntags über  
unseres Gebiet nach dem Westwind hinweggezogen, auf ihrer Rückseite erfolgte  
der Einbruch maritimer Westwinden, die abends auf ihrem dritten Zug  
über den Ozean außerordentlich erwidert worden sind. In Nordostdeutschland  
und Westpreußen ist es beim Einbruch dieser Luftmassen sogar zu Gewitter-  
erschütterungen gekommen. Auch Schloffen gelangt in den Bereich dieser in den  
unteren Schichten erwiderten maritimen Polarluft.

**Das Wetter im Gebirge:**

Schneeoberfläche: Schneehöhe 188 Jm., Schieferhaus, Wiesen-  
und Krana-Deinrichs-Kau: 201-20, Neuhagen 3-5, Schneeschnecken-  
heit: etwas verweht, Sportmöglichkeit: Et und Nebel sehr gut, S. 11-12, S. 13-14, S. 15-16, S. 17-18, S. 19-20, S. 21-22, S. 23-24, S. 25-26, S. 27-28, S. 29-30, S. 31-32, S. 33-34, S. 35-36, S. 37-38, S. 39-40, S. 41-42, S. 43-44, S. 45-46, S. 47-48, S. 49-50, S. 51-52, S. 53-54, S. 55-56, S. 57-58, S. 59-60, S. 61-62, S. 63-64, S. 65-66, S. 67-68, S. 69-70, S. 71-72, S. 73-74, S. 75-76, S. 77-78, S. 79-80, S. 81-82, S. 83-84, S. 85-86, S. 87-88, S. 89-90, S. 91-92, S. 93-94, S. 95-96, S. 97-98, S. 99-100, S. 101-102, S. 103-104, S. 105-106, S. 107-108, S. 109-110, S. 111-112, S. 113-114, S. 115-116, S. 117-118, S. 119-120, S. 121-122, S. 123-124, S. 125-126, S. 127-128, S. 129-130, S. 131-132, S. 133-134, S. 135-136, S. 137-138, S. 139-140, S. 141-142, S. 143-144, S. 145-146, S. 147-148, S. 149-150, S. 151-152, S. 153-154, S. 155-156, S. 157-158, S. 159-160, S. 161-162, S. 163-164, S. 165-166, S. 167-168, S. 169-170, S. 171-172, S. 173-174, S. 175-176, S. 177-178, S. 179-180, S. 181-182, S. 183-184, S. 185-186, S. 187-188, S. 189-190, S. 191-192, S. 193-194, S. 195-196, S. 197-198, S. 199-200, S. 201-202, S. 203-204, S. 205-206, S. 207-208, S. 209-210, S. 211-212, S. 213-214, S. 215-216, S. 217-218, S. 219-220, S. 221-222, S. 223-224, S. 225-226, S. 227-228, S. 229-230, S. 231-232, S. 233-234, S. 235-236, S. 237-238, S. 239-240, S. 241-242, S. 243-244, S. 245-246, S. 247-248, S. 249-250, S. 251-252, S. 253-254, S. 255-256, S. 257-258, S. 259-260, S. 261-262, S. 263-264, S. 265-266, S. 267-268, S. 269-270, S. 271-272, S. 273-274, S. 275-276, S. 277-278, S. 279-280, S. 281-282, S. 283-284, S. 285-286, S. 287-288, S. 289-290, S. 291-292, S. 293-294, S. 295-296, S. 297-298, S. 299-300, S. 301-302, S. 303-304, S. 305-306, S. 307-308, S. 309-310, S. 311-312, S. 313-314, S. 315-316, S. 317-318, S. 319-320, S. 321-322, S. 323-324, S. 325-326, S. 327-328, S. 329-330, S. 331-332, S. 333-334, S. 335-336, S. 337-338, S. 339-340, S. 341-342, S. 343-344, S. 345-346, S. 347-348, S. 349-350, S. 351-352, S. 353-354, S. 355-356, S. 357-358, S. 359-360, S. 361-362, S. 363-364, S. 365-366, S. 367-368, S. 369-370, S. 371-372, S. 373-374, S. 375-376, S. 377-378, S. 379-380, S. 381-382, S. 383-384, S. 385-386, S. 387-388, S. 389-390, S. 391-392, S. 393-394, S. 395-396, S. 397-398, S. 399-400, S. 401-402, S. 403-404, S. 405-406, S. 407-408, S. 409-410, S. 411-412, S. 413-414, S. 415-416, S. 417-418, S. 419-420, S. 421-422, S. 423-424, S. 425-426, S. 427-428, S. 429-430, S. 431-432, S. 433-434, S. 435-436, S. 437-438, S. 439-440, S. 441-442, S. 443-444, S. 445-446, S. 447-448, S. 449-450, S. 451-452, S. 453-454, S. 455-456, S. 457-458, S. 459-460, S. 461-462, S. 463-464, S. 465-466, S. 467-468, S. 469-470, S. 471-472, S. 473-474, S. 475-476, S. 477-478, S. 479-480, S. 481-482, S. 483-484, S. 485-486, S. 487-488, S. 489-490, S. 491-492, S. 493-494, S. 495-496, S. 497-498, S. 499-500, S. 501-502, S. 503-504, S. 505-506, S. 507-508, S. 509-510, S. 511-512, S. 513-514, S. 515-516, S. 517-518, S. 519-520, S. 521-522, S. 523-524, S. 525-526, S. 527-528, S. 529-530, S. 531-532, S. 533-534, S. 535-536, S. 537-538, S. 539-540, S. 541-542, S. 543-544, S. 545-546, S. 547-548, S. 549-550, S. 551-552, S. 553-554, S. 555-556, S. 557-558, S. 559-560, S. 561-562, S. 563-564, S. 565-566, S. 567-568, S. 569-570, S. 571-572, S. 573-574, S. 575-576, S. 577-578, S. 579-580, S. 581-582, S. 583-584, S. 585-586, S. 587-588, S. 589-590, S. 591-592, S. 593-594, S. 595-596, S. 597-598, S. 599-600, S. 601-602, S. 603-604, S. 605-606, S. 607-608, S. 609-610, S. 611-612, S. 613-614, S. 615-616, S. 617-618, S. 619-620, S. 621-622, S. 623-624, S. 625-626, S. 627-628, S. 629-630, S. 631-632, S. 633-634, S. 635-636, S. 637-638, S. 639-640, S. 641-642, S. 643-644, S. 645-646, S. 647-648, S. 649-650, S. 651-652, S. 653-654, S. 655-656, S. 657-658, S. 659-660, S. 661-662, S. 663-664, S. 665-666, S. 667-668, S. 669-670, S. 671-672, S. 673-674, S. 675-676, S. 677-678, S. 679-680, S. 681-682, S. 683-684, S. 685-686, S. 687-688, S. 689-690, S. 691-692, S. 693-694, S. 695-696, S. 697-698, S. 699-700, S. 701-702, S. 703-704, S. 705-706, S. 707-708, S. 709-710, S. 711-712, S. 713-714, S. 715-716, S. 717-718, S. 719-720, S. 721-722, S. 723-724, S. 725-726, S. 727-728, S. 729-730, S. 731-732, S. 733-734, S. 735-736, S. 737-738, S. 739-740, S. 741-742, S. 743-744, S. 745-746, S. 747-748, S. 749-750, S. 751-752, S. 753-754, S. 755-756, S. 757-758, S. 759-760, S. 761-762, S. 763-764, S. 765-766, S. 767-768, S. 769-770, S. 771-772, S. 773-774, S. 775-776, S. 777-778, S. 779-780, S. 781-782, S. 783-784, S. 785-786, S. 787-788, S. 789-790, S. 791-792, S. 793-794, S. 795-796, S. 797-798, S. 799-800, S. 801-802, S. 803-804, S. 805-806, S. 807-808, S. 809-810, S. 811-812, S. 813-814, S. 815-816, S. 817-818, S. 819-820, S. 821-822, S. 823-824, S. 825-826, S. 827-828, S. 829-830, S. 831-832, S. 833-834, S. 835-836, S. 837-838, S. 839-840, S. 841-842, S. 843-844, S. 845-846, S. 847-848, S. 849-850, S. 851-852, S. 853-854, S. 855-856, S. 857-858, S. 859-860, S. 861-862, S. 863-864, S. 865-866, S. 867-868, S. 869-870, S. 871-872, S. 873-874, S. 875-876, S. 877-878, S. 879-880, S. 881-882, S. 883-884, S. 885-886, S. 887-888, S. 889-890, S. 891-892, S. 893-894, S. 895-896, S. 897-898, S. 899-900, S. 901-902, S. 903-904, S. 905-906, S. 907-908, S. 909-910, S. 911-912, S. 913-914, S. 915-916, S. 917-918, S. 919-920, S. 921-922, S. 923-924, S. 925-926, S. 927-928, S. 929-930, S. 931-932, S. 933-934, S. 935-936, S. 937-938, S. 939-940, S. 941-942, S. 943-944, S. 945-946, S. 947-948, S. 949-950, S. 951-952, S. 953-954, S. 955-956, S. 957-958, S. 959-960, S. 961-962, S. 963-964, S. 965-966, S. 967-968, S. 969-970, S. 971-972, S. 973-974, S. 975-976, S. 977-978, S. 979-980, S. 981-982, S. 983-984, S. 985-986, S. 987-988, S. 989-990, S. 991-992, S. 993-994, S. 995-996, S. 997-998, S. 999-1000, S. 1001-1002, S. 1003-1004, S. 1005-1006, S. 1007-1008, S. 1009-1010, S. 1011-1012, S. 1013-1014, S. 1015-1016, S. 1017-1018, S. 1019-1020, S. 1021-1022, S. 1023-1024, S. 1025-1026, S. 1027-1028, S. 1029-1030, S. 1031-1032, S. 1033-1034, S. 1035-1036, S. 1037-1038, S. 1039-1040, S. 1041-1042, S. 1043-1044, S. 1045-1046, S. 1047-1048, S. 1049-1050, S. 1051-1052, S. 1053-1054, S. 1055-1056, S. 1057-1058, S. 1059-1060, S. 1061-1062, S. 1063-1064, S. 1065-1066, S. 1067-1068, S. 1069-1070, S. 1071-1072, S. 1073-1074, S. 1075-1076, S. 1077-1078, S. 1079-1080, S. 1081-1082, S. 1083-1084, S. 1085-1086, S. 1087-1088, S. 1089-1090, S. 1091-1092, S. 1093-1094, S. 1095-1096, S. 1097-1098, S. 1099-1100, S. 1101-1102, S. 1103-1104, S. 1105-1106, S. 1107-1108, S. 1109-1110, S. 1111-1112, S. 1113-1114, S. 1115-1116, S. 1117-1118, S. 1119-1120, S. 1121-1122, S. 1123-1124, S. 1125-1126, S. 1127-1128, S. 1129-1130, S. 1131-1132, S. 1133-1134, S. 1135-1136, S. 1137-1138, S. 1139-1140, S. 1141-1142, S. 1143-1144, S. 1145-1146, S. 1147-1148, S. 1149-1150, S. 1151-1152, S. 1153-1154, S. 1155-1156, S. 1157-1158, S. 1159-1160, S. 1161-1162, S. 1163-1164, S. 1165-1166, S. 1167-1168, S. 1169-1170, S. 1171-1172, S. 1173-1174, S. 1175-1176, S. 1177-1178, S. 1179-1180, S. 1181-1182, S. 1183-1184, S. 1185-1186, S. 1187-1188, S. 1189-1190, S. 1191-1192, S. 1193-1194, S. 1195-1196, S. 1197-1198, S. 1199-1200, S. 1201-1202, S. 1203-1204, S. 1205-1206, S. 1207-1208, S. 1209-1210, S. 1211-1212, S. 1213-1214, S. 1215-1216, S. 1217-1218, S. 1219-1220, S. 1221-1222, S. 1223-1224, S. 1225-1226, S. 1227-1228, S. 1229-1230, S. 1231-1232, S. 1233-1234, S. 1235-1236, S. 1237-1238, S. 1239-1240, S. 1241-1242, S. 1243-1244, S. 1245-1246, S. 1247-1248, S. 1249-1250, S. 1251-1252, S. 1253-1254, S. 1255-1256, S. 1257-1258, S. 1259-1260, S. 1261-1262, S. 1263-1264, S. 1265-1266, S. 1267-1268, S. 1269-1270, S. 1271-1272, S. 1273-1274, S. 1275-1276, S. 1277-1278, S. 1279-1280, S. 1281-1282, S. 1283-1284, S. 1285-1286, S. 1287-1288, S. 1289-1290, S. 1291-1292, S. 1293-1294, S. 1295-1296, S. 1297-1298, S. 1299-1300, S. 1301-1302, S. 1303-1304, S. 1305-1306, S. 1307-1308, S. 1309-1310, S. 1311-1312, S. 1313-1314, S. 1315-1316, S. 1317-1318, S. 1319-1320, S. 1321-1322, S. 1323-1324, S. 1325-1326, S. 1327-1328, S. 1329-1330, S. 1331-1332, S. 1333-1334, S. 1335-1336, S. 1337-1338, S. 1339-1340, S. 1341-1342, S. 1343-1344, S. 1345-1346, S. 1347-1348, S. 1349-1350, S. 1351-1352, S. 1353-1354, S. 1355-1356, S. 1357-1358, S. 1359-1360, S. 1361-1362, S. 1363-1364, S. 1365-1366, S. 1367-1368, S. 1369-1370, S. 1371-1372, S. 1373-1374, S. 1375-1376, S. 1377-1378, S. 1379-1380, S. 1381-1382, S. 1383-1384, S. 1385-1386, S. 1387-1388, S. 1389-1390, S. 1391-1392, S. 1393-1394, S. 1395-1396, S. 1397-1398, S. 1399-1400, S. 1401-1402, S. 1403-1404, S. 1405-1406, S. 1407-1408, S. 1409-1410, S. 1411-1412, S. 1413-1414, S. 1415-1416, S. 1417-1418, S. 1419-1420, S. 1421-1422, S. 1423-1424, S. 1425-1426, S. 1427-1428, S. 1429-1430, S. 1431-1432, S. 1433-1434, S. 1435-1436, S. 1437-1438, S. 1439-1440, S. 1441-1442, S. 1443-1444, S. 1445-1446, S. 1447-1448, S. 1449-1450, S. 1451-1452, S. 1453-1454, S. 1455-1456, S. 1457-1458, S. 1459-1460, S. 1461-1462, S. 1463-1464, S. 1465-1466, S. 1467-1468, S. 1469-1470, S. 1471-1472, S. 1473-1474, S. 1475-1476, S. 1477-1478, S. 1479-1480, S. 1481-1482, S. 1483-1484, S. 1485-1486, S. 1487-1488, S. 1489-1490, S. 1491-1492, S. 1493-1494, S. 1495-1496, S. 1497-1498, S. 1499-1500, S. 1501-1502, S. 1503-1504, S. 1505-1506, S. 1507-1508, S. 1509-1510, S. 1511-1512, S. 1513-1514, S. 1515-1516, S. 1517-1518, S. 1519-1520, S. 1521-1522, S. 1523-1524, S. 1525-1526, S. 1527-1528, S. 1529-1530, S. 1531-1532, S. 1533-1534, S. 1535-1536, S. 1537-1538, S. 1539-1540, S. 1541-1542, S. 1543-1544, S. 1545-1546, S. 1547-1548, S. 1549-1550, S. 1551-1552, S. 1553-1554, S. 1555-1556, S. 1557-1558, S. 1559-1560, S. 1561-1562, S. 1563-1564, S. 1565-1566, S. 1567-1568, S. 1569-1570, S. 1571-1572, S. 1573-1574, S. 1575-1576, S. 1577-1578, S. 1579-1580, S. 1581-1582, S. 1583-1584, S. 1585-1586, S. 1587-1588, S. 1589-1590, S. 1591-1592, S. 1593-1594, S. 1595-1596, S. 1597-1598, S. 1599-1600, S. 1601-1602, S. 1603-1604, S. 1605-1606, S. 1607-1608, S. 1609-1610, S. 1611-1612, S. 1613-1614, S. 1615-1616, S. 1617-1618, S. 1619-1620, S. 1621-1622, S. 1623-1624, S. 1625-1626, S. 1627-1628, S. 1629-1630, S. 1631-1632, S. 1633-1634, S. 1635-1636, S. 1637-1638, S. 1639-1640, S. 1641-1642, S. 1643-1644, S. 1645-1646, S. 1647-1648, S. 1649-1650, S. 1651-1652, S. 1653-1654, S. 1655-1656, S. 1657-1658, S. 1659-1660, S. 1661-1662, S. 1663-1664, S. 1665-1666, S. 1667-1668, S. 1669-1670, S. 1671-1672, S. 1673-1674, S. 1675-1676, S. 1677-1678, S. 1679-1680, S. 1681-1682, S. 1683-1684, S. 1685-1686, S. 1687-1688, S. 1689-1690, S. 1691-1692, S. 1693-1694, S. 1695-1696, S. 1697-1698, S. 1699-1700, S. 1701-1702, S. 1703-1704, S. 1705-1706, S. 1707-1708, S. 1709-1710, S. 1711-1712, S. 1713-1714, S. 1715-1716, S. 1717-1718, S. 1719-1720, S. 1721-1722, S. 1723-1724, S. 1725-1726, S. 1727-1728, S. 1729-1730, S. 1731-1732, S. 1733-1734, S. 1735-1736, S. 1737-1738, S. 1739-1740, S. 1741-1742, S. 1743-1744, S. 1745-1746, S. 1747-1748, S. 1749-1750, S. 1751-1752, S. 1753-1754, S. 1755-1756, S. 1757-1758, S. 1759-1760, S. 1761-1762, S. 1763-1764, S. 1765-1766, S. 1767-1768, S. 1769-1770, S. 1771-1772, S. 1773-1774, S. 1775-1776, S. 1777-1778, S. 1779-1780, S. 1781-1782, S. 1783-1784, S. 1785-1786, S. 1787-1788, S. 1789-1790, S. 1791-1792, S. 1793-1794, S. 1795-1796, S. 1797-1798, S. 1799-1800, S. 1801-1802, S. 1803-1804, S. 1805-1806, S. 1807-1808, S. 1809-1810, S. 1811-1812, S. 1813-1814, S. 1815-1816, S. 1817-1818, S. 1819-1820, S. 1821-1822, S. 1823-1824, S. 1825-1826, S. 1827-1828, S. 1829-1830, S. 1831-1832, S. 1833-1834, S. 1835-1836, S. 1837-1838, S. 1839-1840, S. 1841-1842, S. 1843-1844, S. 1845-1846, S. 1847-1848, S. 1849-1850, S. 1851-1852, S. 1853-1854, S. 1855-1856, S. 1857-1858, S. 1859-1860, S. 1861-1862, S. 1863-1864, S. 1865-1866, S. 1867-1868, S. 1869-1870, S. 1871-1872, S. 1873-1874, S. 1875-1876, S. 1877-1878, S. 1879-1880, S. 1881-1882, S. 1883-1884, S. 1885-1886, S. 1887-1888, S. 1889-1890, S. 1891-1892, S. 1893-1894, S. 1895-1896, S. 1897-189

# Aus Schlesien.

## Eine neue Ausweisung aus Ost-Oberschlesien.

In Laurahütte ist eine neue Ausweisung eines reichs-Industriebeamten aus Ost-Oberschlesien erfolgt. Der Beamte, ein Pole, der von Laurahütte hat eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung, die heute abläuft, nicht erhalten und muß daher am Montag das polnische Gebiet verlassen. Er wird dieser Fall vor dem gemischten Schiedsgericht in Breslau nachprüfen werden, da Stwara im Abtunmungsgebiet geboren ist und sich zur Zeit des Ueberganges der Staatsangehörigkeit an Polen nur zu Studienzwecken in Breslau aufgehalten hat.

**Reichenbach.** Vom Langholzfuhrwerk zerquetscht. Als in Schlaupitz der Fuhrmann Josef Langer einen Wagen mit Holzfuhrwerk leitete, wurde er von diesem erfasst und so schwer verletzt, daß er im Blute zusammenbrach. Er wurde in das Krankenhaus nach Reichenbach überführt, wo er hoffnungslos verstarb.

**Reichenbach.** Republikanischer Geschichtsunterricht. In der Quartas des städtischen Gymnasiums in Reichenbach in Schloßien erteilt der Studienrat Dr. Berndt Geschichtsunterricht. Am 19. Februar d. Js. besprach er das Verhältnis des römischen Kaisers Nero zu dessen Soldaten und erzählte im Anschluß daran einige Kalendenhofwäse. Es soll mit Herrn Berndt nicht darüber gestritten werden, ob das pädagogische Unterrichtsverfahren einrichtig oder nicht. Jedenfalls wüßten nun auch die Schülerinnen ihrerseits derartige Wäse erzählen. Zum Schluß meldete sich die Tochter des deutschnationalen Vektors zu Wort, sie könne einen Witz vom früheren Reichspräsidenten Ebert zum Besten geben. Herr Berndt ließ das zu, obwohl ihm nur ein ganz klein wenig Fingerringesgefühl hätte sagen können, was da kommen mußte. Das 12jährige Mädchen begann: Ein kleiner Junge steht auf der Straße mit einer Butterstulle in der Hand. Da kommt der Reichspräsident Ebert mit seiner Frau vorbei. Als Frau Ebert sieht wie der Junge schnell die Stulle versteckt, sagt sie zu ihrem Manne: der hat Respekt vor mir. Der Junge erwiderte hierauf: „Respekt durchaus nicht. Mir vergeht nur der Appetit, wenn ich dich sehe.“ — Das schallende Gelächter der Klasse brachte erst den Lehrer zur Besinnung. Er äußerte allerdings nur, das sei ein Witz, der nicht auf Wahrheit beruhe. — Die Schulaufsichtsbehörde wird dem kostbaren Studenten hoffentlich die verdiente Belohnung erteilen. Was aber kann man gegen die häuslichen Erziehungsmaßnahmen eines deutschnationalen Vektors tun?

**Frenstätt.** Taubenmarkt. Am Sonntag, den 20. dieses Monats, wurde der erste diesjährige Frenstättener Taubenmarkt auf dem Ringe eröffnet, der bei dem außerordentlich günstigen, sonnigen Wetter einen außerordentlich starken Besuch aufwies. Bei der sehr großen Beschädigung des Marktes wurden umfangreiche Geschäfte getätigt. Die weiteren diesjährigen Taubenmärkte finden wie bisher regelmäßig jeden Sonntag auf der sogenannten Brandstelle statt und zwar von 17 Uhr bis 19 Uhr samstags, bis zum zweiten Pfingstfesttag. Der Eröffnungsmarkt hat bewiesen, daß der uralte Frenstättener Taubenmarkt seine alte Anziehungskraft auch in dieser wirtschaftlich schweren Zeit noch erhalten hat.

**Süßbühl, Kreis Striegau.** Zwei Unglücksfälle. In den hiesigen Steinbrüchen ereigneten sich dieser Tage mehrere Unglücksfälle. Der Hilfsarbeiter Josef R. geriet beim Transport von Bordsteinen zwischen Wagen und Schienengleis und kam dabei zu Fall, wobei er sich ein Bein brach. — In den Schlesienschen Granitwerken verunglückte der Hilfsarbeiter A. dadurch, daß beim Auseinanderspalten eines Granitblockes ein Keil abbrach, der A. so heftig an den Kopf schlug, daß ihm das rechte Auge schwer verletzt wurde.

**Sprotau.** Von durchgehenden Pferden gestoßen. Der Landwirt Budwald aus Ringendorf war im Dorf-Krankenhaus eingelehrt und hatte die Pferde mit dem Wagen un-

beaufsichtigt stehen gelassen. Als ein Motorabfahrer vorüberfuhr, wurden die Pferde scheu. Budwald eilte sofort herbei und suchte die Pferde anzuhalten. Hierbei wurde er von den Tieren umgerannt und so schwer verletzt, daß er sofort starb.

**Hausdorf, Kreis Neutode.** Freispruch. Von der Anklage des Meineides freigesprochen wurde vom Glaser Schur-gericht der Tischlermeister August Sch. von hier. Dem Angeklagten war zur Last gelegt, anlässlich einer kommunikativen Vernehmung, die sich in einem Verfahren wegen Jagdvergehens notwendig machte, zugunsten des Angeklagten eine offensichtlich falsche Aussage gemacht zu haben. Vor Gericht wurde festgestellt, daß Sch. bei seiner Vernehmung nicht objektiv die Unwahrheit gesagt hat, sodas eine Verurteilung wegen Meineid nicht erfolgen konnte.

**Ludwigsdorf, Kreis Neutode.** Ein Wüstling, der es besonders auf Frauen abgesehen hat, treibt seit einiger Zeit in der hiesigen Gegend sein Unwesen. Von mehreren Frauen wurden Belästigungen durch den Kofling gemeldet. Auf die Hilferufe der Angegriffenen ergriff er aber jedesmal die Flucht und konnte bisher noch nicht festgesetzt werden.

**Milendorf, Kreis Neutode.** Ein wunderbarer Meteor ging am nordwestlichen Himmel über dem Heuscheuergebirge nieder und zerplatzte dann. Die Himmelserscheinung erweckte bei den Strahnpassanten großes Interesse.

**Nieder-Hermesdorf, Kreis Waldenburg.** Die Schulhausneubauten, die von der hiesigen Gemeindeverwaltung angefordert werden, sind von der Regierung nunmehr als notwendig anerkannt worden. Das evangelische Knabenschulgebäude, von dessen Gefährdung wir bereits berichteten, dürfte in absehbarer Zeit für Unterrichtszwecke gesperrt werden. Auch das Gebäude der weltlichen Schule gab zu ernsthaften Beanstandungen Anlaß. Die Baupläne zu den neuen Gebäuden wurden von Herrn Oberregierungsrat und Vaurat Lucht als gut geeignet begutachtet. Zu den Neubauten sind 1 200 000 Mark notwendig und wird sich vermutlich die Regierung dazu entschließen, einen beträchtlichen Baukostenzuschuß zu leisten.

**Gottesberg.** Mit dem Kobelschlitten ins Schaufenster. Den ziemlich abschüssigen Ring benutzten hier dieser Tage einige Kinder zum Schlittensahren. Dabei passierte einem der Kinder das Unglück, mit dem Kobelschlitten in die Schaufensterleiche des Konfektionshauses von Pfoertner hineinzufahren. Das Geschäft ist durch Verschönerung vor Schaden gedeckt, aber sicher dürften die Eltern der Kinder von der Versicherungsgesellschaft für den Schaden haftbar gemacht werden.

**Reichenbach.** Zur Stilllegung der Abendröthegrube. Nach der am 1. März zu erfolgenden Stilllegung der Abendröthegrube wird sich vermutlich für etwa 100 Arbeiter noch für etwa vier Wochen Arbeitslosgenheit bieten, und zwar durch Rückgewinnung des Eisenmaterials aus den stillgelegten Grubenbauten. Für diejenigen, die bis jetzt noch keine andere Arbeitsstätte gefunden haben, wird dadurch die Erwerbslosigkeit wenigstens noch auf einige Wochen hinausgeschoben.

**Süßbühl.** Gewerbesteuerermäßigung. In der letzten Stadtsitzung wurde ein Antrag auf Ermäßigung der Gewerbesteuer von 600 auf 450 Prozent angenommen. Die Ermäßigung bedeutet einen Ausfall für das Stadtbudget in Höhe von 170 000 Mark.

**Süßbühl.** Die verhinderte Steuerrevision. Der Maschinenfabrikant H. von hier wurde vom hiesigen Schöffengericht zu 150 Mark Geldstrafe wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung verurteilt. Er hatte mehrere Male einen Steuerassistenten durch schwere Drohungen und Beleidigungen verhindert, seine Amtshandlungen bei ihm auszuführen, sodas der Finanzbeamte einen Polizeibeamten zu seinem Schutze herbeiholen mußte.

**Görlitz.** Beseitigung monarchistischer Wappen. Die republikanische Beschwerdestelle teilt uns mit: In dem Gebäude des Landgerichts in Görlitz befanden sich noch immer die monarchistischen Habsburgerwappen, nämlich der alte preussische Königsadler mit den königlichen Insignien, dem „R“ auf der Brust und der Königskrone auf dem Kopf. Der Landgerichtspräsident in Görlitz stellte sich auf Beschwerde der Republi-

kanischen Beschwerdestelle, Berlin, hin, am 20. Januar 1926 auf den Standpunkt, daß das Aussehen der beanstandeten Teile einer „Verhandlung“ des Kunstwerks gleichgültig und keine ab, den Mischstand zu beilegen. Die republikanische Beschwerdestelle wandte sich dann an den Oberlandesgerichtspräsidenten Greiff in Breslau und hat nunmehr den gewünschten Erfolg erzielt, wie das folgende Antwortschreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten an die republikanische Beschwerdestelle beweist: Der Preussische Justizminister hat durch Erlass vom 21. Januar 1927 -- IV. 2412 -- dahin entschieden: Im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister erscheint es mir nach Einsichtnahme in das einliegende Lichtbild möglich, die Habsburgerwappen über der Haupteingangstür durch Abnahme der Krone und Entfernung des Adlers im Wappenschild zu beilegen, ohne daß dadurch die architektonische Wirkung des Portals allsehr beeinträchtigt wird. Die weitere Behandlung der freien Fläche im Wappenschild, z. B. durch Befestigung eines vertieften Ornaments oder durch einfache Schraffierung, ist dem Ermessen des Regierungspräsidenten in Liegnitz zu überlassen. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen sind getroffen. gez. Greiff.

**Sagan.** Beim Holzfällen tödlich verunglückt ist der Landwirt Munske in Gladisgorpe. Beim Abrollen eines Eichenstammes ging dieser über das Ende eines biden Altes, dieser schlug zurück und traf dabei Munske so schwer am Kopfe, daß der starke Mann sofort bewußtlos zusammenbrach und kurz darauf starb.

# Aus dem Kreise Nimptsch.

## Vom 3. d. M.

Durch das neue Arbeitsgericht sind die für die Arbeitsgerichtliche Spruchkammer gemachten Vorschläge hinfällig geworden. In einer Vorstandsitzung wurden die neuen Vorschläge beraten. Es wurden folgende Kollegen vorgeschlagen: Theo Morawek, Büroangestellter, Max Krause, Geschäftsführer, Karl Lepte, Amtsvormund und Max Brauner, Büroangestellter. Die Vorschläge wurden dem Bezirksrat zur Weiterleitung übersandt. In der vergangenen Woche wurden drei neue Mitglieder aufgenommen.

## Vom Kreisjugendamt Nimptsch.

Der Amtsvormund beim Jugendamt des Kreisamts Nimptsch teilt folgendes mit:

Infolge Entziehung der Unterhaltspflicht gegenüber ihren vorerhelichen Kindern wurden

1. der Schlosser Erich Beder, Ober-Weißau I
2. der Tischler Julius Dittrich, Langenöls
3. der Buchführer Willi Schüy, Jordanmühl

vom Bezirksauschuß Breslau in der Sitzung vom 10. bezw. 23. Februar d. Js. zur Unterbringung in das Arbeitshaus verurteilt.

Während bei den Verurteilten 1 und 3 die Aufnahme ausgeübt wurde, mit der Bedingung, daß sie bis zum dritten Vertag jeden Monats die Unterhaltsrente zahlen, wurde bei dem Verurteilten 2 sofortige Aufnahme beschlossen.

## Der Arbeitsmarkt im Kreise Nimptsch.

Beim hiesigen Arbeitsnachweis sind zu haben: 1 Rechnungsführer, 2 Köchler, 2 Wirtschaftler, 1 Brenner, 3 verheiratete Schweizer, Deputanten ohne Hofgänger, landwirtschaftliche Arbeiter, 9 Portarbeiterinnen, 10 Schmiedegesellen, 6 Schlosser, 2 Elektromonteur, 8 Tischlergesellen, 3 Stellmacher, 1 Korbmacher, 1 Müller, 6 Bäcker und Konditoren, 8 Fleischer, 5 Schneider, 1 Schuhmacher, außerdem Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Freiarbeiter und Büropersonal.

Es werden gesucht: 9 Steindreherlehrlinge, 7 Mädchen für Stallarbeit, 3 Mägde, 8 Mädchen für Haus und Feld, 4 ledige Schweizer, 9 Pferdeburken, 5 ledige Ackerluischer, 1 Lehngärtnerfamilie mit einem Hofgänger.

## Familien-Anzeigen

Still, wie sie gelebt, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden am 25. Februar, nachm. 5 Uhr, meine liebe Gattin, unsere gute, immermüde Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Frau Anna Sacher**  
geb. Tinter

im Alter von 58 Jahren.  
Leicht sei ihr die Erde! 175

Dies zeigt schmerz erfüllt an  
**Paul Sacher als Gatte**  
nebst Kindern.

Beerdigung: Montag, den 28. Febr., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Pöhrniskirche des Pöhlnowitzer Friedhofes. Trauerhaus: Trebnitzer Str. 3.

Am 25. Februar verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, Schwager und Onkel, der **Stukkateur**

**Hermann Weiß**  
im 68. Lebensjahre.  
Breslau, den 28. Februar 1927.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:  
**Rosina Weiß geb. Lehmann,**

Beerdigung: Dienstag, den 1. März, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Pöhlnowitzer Friedhofes aus. 2522

## Danksagung.

Unmöglich, für die Beweise herzlicher Teilnahme jedem einzelnen die Hand zu drücken, sagen wir auf diesem Wege allen Freunden und Bekannten aufrichtig der Trauerfeier für unseren lieben Verstorbenen unseren

herzlichsten Dank.

Besonderen Dank dem Verein der Freidenker für Feuerbestattung für seine Leistungen, dem Sprecher Genossen Pietsch für seine außerordentlich treffenden Worte. 8164

Im Auftrag der Eltern und Geschwister  
**Hermann Güttler.**

## Deutscher Bauwerksbund.

Am 25. Februar starb unser langjähriges Mitglied, der **Stukkateur**

**Hermann Weiß**

im Alter von 67 Jahren. 5167

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

**Alle Mitglieder der Bauwerkschaft Breslau.**

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Pöhlnowitzer Friedhofes aus

**Dienstag zur Fastnacht**  
sowie alltäglich 163

**Spannenuben**

4 Stück 10 Pf. — 3 Stück 10 Pf.

Verzieren geübt, Stück 5 und 10 Pf.

Schnadhaftes Kaffeegebäude zu billigen Preisen.

Ronditorei Feldstr. 31 und Filiale Diener Straße 12

## Hundebesitzer!!

Mittwoch, 2. März, abends 8 Uhr im Vinzenzhaus:

**Protest-Versammlung**  
gegen die hohe Hundesteuer und den Maulkorbzwang.

Als Unkostenbeitrag werden 20 Pf. Eintritt erhoben.

Verlag Mensch und Hund, G. m. b. H. Geschäftsstelle Breslau I Ohlauer Stadtgraben 20. 6712

## „Weg ist er“

Hinderl Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Atemnot. Zu haben zu 0.30 und 0.50 Mk. in den Apotheken, Drogerhandlungen und Niederlagen, wo Plakate hängen. — Alleiniger Fabrikant: **Paul Kudraß, Neurode.** 2058

Unsere künstlich aufgestellten **Erfrischungsräume** sind als Kasse, Bier- und Metallek mit 10 Kassen unseren Gästen bestens empfohlen, außer Sonntag täglich von 9-5 Uhr

**Hallenschwimmbad**

# Billige Fischwaren zur Fastenzeit!

Wer seinen Umsatz in Bratheringen etc. vergrößern will, kaufe nur

# Anker-Bratheringe und Anker-Marinaden

da diese Marke wegen der Vorzüglichkeit mit der Staatsmedaille und dem Ehrendiplom ausgezeichnet ist und das gesunde und billigste Volks-Nahrungsmittel darstellt. 6630

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

## Man kennt uns

als die billigste Bezugsquelle für Bürsten aller Art, Besen, Pinsel, Scheuertücher, Kämme, Klopfer, Fußmatten und sonstige Reinigungsartikel, die in großen Mengen in unserem Geschäftslokal

# auf der Oderstraße

zum Verkauf stehen.

Als spottbillig bieten wir fehlerhafte und andere erheblich im Preise zurückgesetzte Artikel an: 6621

2 Handwaschbürsten ... 10 Pf.	1 Kleiderbürste ... 25 Pf.	1 Haarbürste ... 50 Pf.
1 Resterbürste ... 10	1 Glanzbürste ... 25	1 Besen-Handsieger ... 50
3 Harrenkämme ... 15	5 Scheuertücher ... 25	1 Reibbesen ... 50
3 Staubkämme ... 15	1 Schrubber ... 25	1 Teppichbesen ... 50
1 Frischerkamm ... 10	1 Aufwischbesen ... 25	1 Fußleder ... 50
3 Tassenkämme ... 15	3 Zahnbürsten ... 25	1 Rollen-Reiniger ... 50
2 Gummisauger ... 10	1 Reiterpinsel ... 25	1 Rollen-Reiniger ... 50
5 Ala, Syphon ... 10	1 Federwedel ... 25	1 Rollen-Reiniger ... 50
1 Reiterbürste ... 10	1 Wasch-über ... 25	20 Mr. Wischlein ... 1.-
3 Pfeifenröhrer ... 10	1 Reibleder ... 25	2 Pak. Stahlpapier ... 1.-
3 Gummipinsel ... 10	1 Reibleder ... 25	1 Krümelgarnitur ... 1.-
1 Aufwischbesen ... 10	1 Reibleder ... 25	1 Spülgarnitur, 4 teilig ... 1.-
1 Tassenpinsel ... 10	1 Reibleder ... 25	1 Gummischwamm ... 1.-
1 Plattenwischer ... 10	1 Reibleder ... 25	1 Reibleder ... 1.-
3 Schrubber ... 10	1 Reibleder ... 25	1 Reibleder ... 1.-

3 oder 5 dauerhafte Scheuertücher nur Mk. 1.—  
**London & Co. G. m. b. H., Oderstraße 5** 2. Viertel vom Ring

## Arbeitsmarkt

weiterer

**Werkzeug**

**Schlosser**

der gleichzeitig den Maschinen-

park beschäftigt, zum sofort.

Arbeitsmarkt. Es wird nur

auf erhaltene, feststehende

arbeitende Kraft rekrutiert.

Ausführliche Angebote er-

halten unter Nr. 433 an die

Geschäftsstelle dieser Zeitung.

10 Hofmännchenmännchen

sich nach Allobachstr. 42, I., r.

## kleine Anzeigen

sind komplett geeichte ein-

polte Angewandte in Be-

halten, Kaufmännische u. r.

aus von Breslau, Markt

3. Pfennige, 1/4 Pfennige.

Stromerwerbungen, gut

erhalten, billig zu haben.

Platzhändler, Allobachstr. 34,

Zimmerhaus II. Etage. 224

# Gewerkschaftsbewegung.

## Rundgebung

### der schlesischen Landarbeiterschaft.

Am gestrigen Sonntag hielten sich die Vertrauensleute des Deutschen Landarbeiter-Verbandes im Sitzungssaal des Landeshauptmanns Schlesiens versammelt.

Gauleiter Klippel-Dieckhoff eröffnete die Tagung und begrüßte die Vertreter der Gewerkschaften, der Presse, die Abgeordneten und der Behörden. Kollege Quasius vom Bundesvorstand begrüßte in dessen Namen die Tagung und Kollege Bernier-Berlin trug in einem gut durchdachten Referat wichtiges Material aus der Lage der Landarbeiterschaft vor.

Beschwänzend war es, zu hören, daß unbestritten Frauenlöhne von 18 Pfennigen und Männerlöhne von 32 Pfennigen einschließlich Deputat die normalen sind. Erstklasserweise haben die Kleinbauern den von den Agrariern abgeleiteten Schiedsspruch, der den Landarbeitern als wesentliches einen gewissen Schutz gegen frivole Kündigungen bringt, angenommen. Nach einem kräftigen Schlusswort des Gauleiters, Kollegen Gröhner-Breslau, der noch einmal den unmenslichen Herren-, besser Slavenhalter-Standpunkt des schlesischen Hochadels skizzierte, fand die eindrucksvolle Rundgebung ihr Ende.

Einen umfassenden Bericht veröffentlichen wir morgen.

### Tarnow über Rationalisierung und Lohnpolitik.

#### Eine Konferenz der Gau- und Bezirksleiter der Freien Gewerkschaften Schlesiens.

Am 27. Februar tagte im Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Gau- und Bezirksleiter Schlesiens.

Auf der Tagesordnung stand ein außerordentlich wichtiges Referat des Genossen Tarnow, Berlin, über „Rationalisierung und Lohnpolitik“.

Genosse Tarnow führte im wesentlichen aus: Bei der Rationalisierung handelt es sich nicht um ein modisches Schlagwort, sondern um das wichtigste volkswirtschaftliche und soziale Problem der Gegenwart und man nennt ja mit Recht die Gegenwart das Zeitalter der Rationalisierung.

Seit etwa hundert Jahren galt der Lehrsatz: „Die Produktivität der kapitalistischen Wirtschaft steigt schneller als die Verbrauchsmöglichkeit“. Das hatte zur Folge eine bewußte, imperialistische Politik aller industrieller Staaten, um neue Absatzmöglichkeiten für die erzeugten Waren zu erlangen. Solche Absatzgebiete bildeten in erster Linie die Kolonien. Die damit zusammenhängende Weltmarktpolitik, zum Beispiel Englands, hatte die zwangsläufige Tendenz, sich immer größere Expansionsmöglichkeiten zu schaffen. Auch die deutsche Volkswirtschaft unterlag vor dem Kriege diesen Gesetzen.

Das hat sich nun seit dem Weltkriege, dessen tiefste Ursachen wirtschaftlicher Natur waren, gründlich geändert. England als größter Weltindustriestaat habe bei diesem Kriege am meisten verloren.

Heute geht der Gedanke der Entkolonialisierung durch die Welt. China, Indien und Japan machen sich in zunehmendem Maße wirtschaftlich selbständig, während sie vor dem Kriege ihren Warenbedarf vorwiegend, ja fast ausschließlich, aus Europa deckten. Die Vereinigten Staaten Amerikas haben nicht nur ihre koloniale Epoche abgeschlossen, sondern sie sind schon dabei, uns mit den Heberbüchsen ihrer eigenen Erzeugnisse zu überschütten. Auch Rußland verläßt eine eigene industrielle Produktion aufzugeben, in der Lidschowskale, in Italien und anderwärts sehen wir das gleiche Bild.

Wir stehen also vor einer tiefgehenden Strukturveränderung der Weltwirtschaft, die alten Industrieländer sind nicht mehr imstande, ihre Waren auch nur annähernd in dem Maße wie früher auszuführen.

Dazu kommt noch die Hochschulzollbewegung in ganz Europa, wobei Genosse Tarnow bemerkte, daß sich Rußland mit der höchsten Zollmauer und dazu noch mit dem Stacheldraht eines Einfuhrverbotes umgeben habe.

Wie soll nun unter solchen schwierigen Umständen die europäische Weltwirtschaft wieder aufgebaut werden?

Genosse Tarnow, der in Amerika die dortigen Wirtschaftsverhältnisse eingehend studiert hat und auch an der Weltwirtschaftskonferenz in Genf teilnahm, hält die Erschließung der eigenen Märkte für die wichtigste Voraussetzung dieses Wiederaufbaus.

Heute handelt es sich weniger darum, übermäßig viel zu produzieren, sondern mehr zu verbrauchen.

Wie kann ein solcher Mehrverbrauch erreicht werden? Von geringer Bedeutung für die Wirtschaft sei ein Mehrverbrauch der sogenannten oberen Schichten.

Das Schwergewicht der Produktion liegt einzig und allein in der Erzeugung von Massengütern. Die Wirtschaft steht und fällt heute mit dem Massenverbrauch (Massen- und Serienherstellung).

Und die Kaufkraft der Massen ist nicht anders zu erschließen als auf dem Wege des Lohnes! Lohnpolitik ist also das Entscheidende.

Kein Geringerer als Henry Ford in Amerika hat begriffen, daß mit der Steigerung des Reallohns die Kaufkraft der Massen und damit die ganze Wirtschaft steht und fällt. Die deutschen Kapitalisten, die noch immer eine „Senkung der Löhne im Interesse des Kapitals“ wünschen, zeigen damit nur, welchem überlebten Wirtschaftsgrundgesetz sie noch huldigen.

Kein, heute gilt das Wort: „Hat der Arbeiter Geld, dann hat's die ganze Welt!“

Dieser Gedanke durchzieht wie ein roter Faden die gesamte neuere volkswirtschaftliche und soziale Literatur Amerikas. Die deutschen Kapitalisten aber können oder wollen es nicht begreifen. Mit dem Mechanismus der sogenannten „Preisabbaufunktion“ kommt gewöhnlich nichts heraus.

Kur Steigerung des nominalen Lohnes wird und muß die Kaufkraft der großen Masse stärken.

Da der Kapitalmarkt augenblicklich sehr gut liegt, könnte nicht davon die Rede sein, daß aus Mangel an Kapital keine höheren Löhne gezahlt werden könnten.

Es gilt, diese neuen Wirtschaftsleitfäden den Massen einzuführen. Die öffentliche Meinung kann hier gar nicht stark genug mobilisiert werden. Kur keine Angstpolitik!

Schließlich werden die Zwangsgesetze der ökonomischen Entwicklung die Unternehmer, ob sie wollen oder nicht, zwingen, die neuen Entwicklungslinien anzuerkennen und anzuwenden.

Die Rationalisierung ist ein Zwangsmittel für die Weiterentwicklung unserer sozialen Verhältnisse. Die Verhältnisse in Deutschland liegen heute so, daß der Kapitalismus an dem Auftrieb des Proletariats mehr verdienen könnte, als an seiner Vereindung.

Die Rationalisierung hält Genosse Tarnow als eine notwendige und unabweisbare Etappe zum Sozialismus.

Der mit großem Beifall aufgenommenen, äußerst lehrreichen und entzückenden Vortrag eines so ausgezeichneten Gewerkschafters wie Tarnow schließt eine lebhafteste Ansprache, an der sich unter anderem die Genossen Kulkert und Weise beteiligten.

Dann sprach Kollege Wierlich über das Arbeitszeitgesetz, über das viel Unklarheit besteht, trotzdem es schon 30 Jahre in Kraft ist.

Genosse Wierlich erläuterte die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes unter Zugrundelegung der Spruchpraxis. Obgleich dieses Wortlautschemata einen trockenen Stoff behandelte, verstand es Wierlich ausgezeichnet, ihn zu meistern, wobei er auch manche launige Bemerkung mit einbrachte.

Genosse Drieschner gab einen Bericht über den Stand der Aussperrung in der schlesischen Textilindustrie, von der zurzeit 36 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen sind. Die Zahl der Aussperrten dürfte sich binnen kurzem auf etwa 60 000 erhöhen. Genosse Drieschner konnte berichten, daß die Stimmung unter den Aussperrten durchgängig gut sei. — Ein rechter Kampfeifer sei in ihnen und sie glauben an den Sieg ihrer gerechten Sache.

Der Textilarbeiterverband führe den Kampf aus eigenen Mitteln, doch daß Genosse Drieschner um die moralische Unterstützung der Aussperrten seitens aller anderen Gewerkschaften Schlesiens. Genosse Wierlich sagte diese Unterstützung namens aller anwesenden Bezirksleiter und Funktionäre zu.

Nach Erledigung noch einiger Punkte von geringerer Wichtigkeit wurde die Konferenz gegen 4 Uhr geschlossen.

### Die Eisenbahner kündigen das Lohn- und Arbeitszeitabkommen.

Die vertretungsbefugten Eisenbahner-Organisationen haben am Samstag der Hauptverwaltung der Reichsbahn die Kündigung der Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen mit Wirkung vom 1. April ab übermitteln. Die Organisationen ersuchten die Hauptverwaltung, möglichst bald einen Verhandlungstermin anzuberaumen.

### Die Bankangestellten lehnen den Schiedsspruch ab.

Der Zentralvorstand des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten kam in seiner Stellungnahme zu dem im Tarifstreit mit den Banken am 23. Februar gefällten Schiedsspruch nach gewissenhafter Prüfung zu dem Ergebnis, daß der Spruch weder in finanzieller Hinsicht, noch in der Regelung der Manteltarifbestimmungen den berechtigten Forderungen der Bankangestellten gerecht wird. Der Vorstand beschloß aber, den Gruppen des Verbandes die Ablehnung des Schiedsspruchs zu empfehlen.

Finanziell soll der Schiedsspruch die kommende Mietserhöhung um 20 Prozent, die eine weitere Verteuerung der

## Wirtschaft.

### Reparationslasten und Verbrauchssteuern.

Die Jahr für Jahr steigenden Reparationslasten haben den neuen Herren im Reichsfinanzministerium, Dr. Köhler, veranlaßt, in seiner Ertatrede Zweifel an der Möglichkeit der Aufbringung der Reparationslasten zu äußern. Begierig hat die Reichspresse diesen Anlaß zu einer neuen Hege gegen den Damesplan benutzt. Die Herrschaften wollen nämlich mit allen Mitteln vergessen machen, daß es ihr Finanzminister von Schlieffen gewesen ist, der durch seine unsoziale Zoll- und Steuerpolitik die freiwillige Erhöhung der Reparationslasten Deutschlands verursacht hat. Im Jahre 1925 sind nämlich die verpfändeten Zoll- und Steuererinnahmen so erhöht worden, daß die sonst fragliche Mehrleistung von zweimal 250 Millionen fällig geworden ist.

Im Herbst des vergangenen Jahres gelang es dem vergangenen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold durch ein Abkommen mit dem Reparationsagenten die Last von 500 Millionen auf 300 Millionen zu ermäßigen. Zwar mußten als Entgelt dafür frühere Zahlungsstermine zugestanden werden, es blieb aber immerhin eine Ermäßigung der durch die deutsche nationalökonomische Verunsicherung verursachten Mehrlast. Außerdem aber — und das ist vom Standpunkt der verbrauchenden Massen aus gesehen, eine noch wichtigere Errungenschaft — ist durch dieses Abkommen Deutschland die Freiheit zur Festsetzung der Verbrauchssteuern nach eigenem Ermessen und unabhängig vom Reparationsagenten wieder gegeben worden.

In dem Geleß über die Durchführung des Londoner Abkommens im Jahre 1925 hat nämlich Deutschland die Verpflichtung eingehen müssen, die Sätze der verpfändeten Abgaben auf Branntwein, Tabak, Bier und Zucker nicht ohne die Einwilligung des Reparationsagenten herabzusetzen. Dadurch war jede Ermäßigung oder Beseitigung von verpfändeten Verbrauchsabgaben ohne die Zustimmung des Reparationsagenten unmöglich. Solange die Entscheidung über den kleinen Sicherungsschein nicht gefallen war, hat der Reparationsagent auf der strikten Innehaltung der ihm eingeräumten Rechte bestanden. Infolge des Abkommens über die Zahlung der festen Summe von dreihundert Millionen hat er seine Stellung geändert und verzichtet nun auf das Einpruchsrecht gegen eine Ermäßigung der Verbrauchssteuern. In dem letzten Bericht des Reparationsagenten heißt es infolgedessen:

„Mit der Ablösung der etwaigen Zusatzzahlungen kann der Kommissar Senkungen irgend einer Einzelsteuer gutheißen, gleichviel aus welchen Gründen die deutschen Finanzbehörden sie vorzunehmen wünschen, solange zwischen den höchsten Beträgen, die aus den verpfändeten Einnahmen zu leisten sind und dem jetzigen und dem zukünftigen Gesamtaufkommen aus diesen genügender Spielraum bleibt. Nach Maßgabe der Einnahmen im zweiten Jahr beträgt der Spielraum zwischen dem Aufkommen und der Normalzahlung über 50 Prozent, und dieser Spielraum sollte mehr als genügen, um jegliche Senkung von Steuerätzen zu gestatten, die irgendeine deutsche Regierung vorzunehmen wünschen dürfte.“

Klarer kann man sich den Verzicht des Reparationsagenten auf sein Einpruchsrecht nicht wünschen. Denn der theoretische Vorbehalt, daß das Gesamtaufkommen die verpfändeten Einnahmen übersteigen müsse, ist praktisch bedeutungslos. Die Gesamteinnahmen aus den verpfändeten Steuern und Abgaben wird nämlich die aus dem Haushalt des Reiches zu leistende Reparationslast stets übersteigen. Im dritten Reparationsjahre zum Beispiel beträgt diese Reparationslast 529 Millionen, im vierten Reparationsjahre 1045 Millionen. Dazu treten lediglich einige Duzend Millionen für einen Reservefonds. Der Reichsetat für 1927 aber rechnet mit einer Einnahme aus verpfändeten Abgaben von 2410 Millionen. Sie übersteigt also die Reparationslast gewaltig, so daß der Reparationsagent selbst keine Sorge mehr hat, daß seine Einnahmen bzw. Ansprüche durch Milderung von Steuerätzen gefährdet werden können.

Man hätte erwarten dürfen, daß dieses Zugeständnis des Reparationsagenten gerade von den nationalen Kreisen Deutschlands außerordentlich gefeiert worden wäre; denn sowohl vom Standpunkt der nationalen Würde als auch unter sozialen Erwägungen ist die neue Lage bedeutsam. Aber weder die bürgerliche Presse, noch die bürgerlichen Parteien, noch die Reichsregierung hat sich veranlaßt gefühlt, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken. Der Grund ist klar. Höher als die nationale Würde steht diesen Kreisen der Schutz des Geldbentels der Kapitalisten. Solange der Reparationsagent sich während vor die ungeheuer angespannten Verbrauchsabgaben stellte, konnten sie nicht ermäßigt werden. Man hatte also den Erfreud als Bundesgenossen im Kampf gegen die überlasteten deutschen Verbraucher. Man hofft infolgedessen, die neue Stellung des Reparationsagenten der Dessenlosigkeit verheimlichen und eine Ermäßigung der Verbrauchssteuern verhindern zu können.

Die Sozialdemokratie aber hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Absichten durchführt. Ihre Etatredner

Lebenshaltungskosten im Gefolge hat, und dazu noch die Welt gelten. Die Geltungsdauer des Schiedsspruchs läuft bis zum 1. März 1928. Es liegt auf der Hand, daß in dem Augenblicke, wo die Mietssteigerung um 20 Prozent erreicht ist, ja schon vorher, die Verteuerung der Lebenshaltung so angewachsen wird, daß praktisch die Reallohne der Angestellten eine Sentenz erfahren.

In der Arbeitszeitfrage soll es nach wie vor in den Belieben der Bankleitungen gestellt sein, darüber zu entscheiden, wann ein Bedarfsfall für Überstunden gegeben ist. Bei den Erfahrungen der Organisationen mit der einseitigen Festsetzung der Überstundenbedarfs ist eine derartige Regelung für die Zukunft untragbar, zumal die Bankleitungen im Schiedsverfahren besonders nachdrücklich die Auffassung vertreten haben, daß freiwillige Mehrarbeit in unbefränktem Umfang über acht Stunden pro Tag hinaus im Bankgewerbe zulässig sein müßte.

Unbegreiflich, daß das Unternehmertum eines Gewerbes, das, wie gerade das Bankgewerbe, so in Konjunktur schwimmen rein gar nichts zur Verminderung der Arbeitslosigkeit tun will. Auch den Bankleitungen ist doch zur Genüge bekannt, daß Tausende brauchbarer kaufmännischer Kräfte auf den Arbeitsnachweiser zur Verfügung stehen. Aber was brauchen sich die Banken um die frommen Ermahnungen des Reichsarbeitsministers zu kümmern? Mag der Reichsarbeitsminister die Devise: „Bete und arbeite!“ propagieren, — das Echo aus den Tempeln des Goldenen Kalbes lautet: „Tu Geld in deinem Beutel!“

### Eine Voraussetzung für Verhandlungen zwischen Amsterdam und Moskau.

Der Vorstand der Gewerkschaftsinternationale beschloß hinsichtlich der englischen Anregung einer gemeinsamen Konferenz mit der russischen Zentrale mit vier gegen zwei Stimmen, eine schriftliche Anfrage bei dem englischen Gewerkschaftsbund dahin gehend zu stellen, ob die Russen einen Anschluß an Amsterdam erstrebten. Das sei die erste Voraussetzung zu einer neuen Konferenz.

Die Ausgaben Hollands für Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1926 betragen sich auf 5,7 Millionen Gulden gegen 5 Millionen im Jahre 1925. Für Notstandsarbeiten wurden 1925 mehr als 2,9 Millionen Gulden verausgabt, und für 1926 kann mit einer ähnlichen Ziffer gerechnet werden.

haben auf die Wiedergewinnung der Freiheit bei der Festsetzung der Höhe der Verbrauchslast hingewiesen und auch bereits die Konsequenzen daraus gezogen. Die erste dieser Konsequenzen ist völlige und baldige Beseitigung der Zudersteuer. Daß die Zudersteuer zu hoch ist — sie beträgt ein volles Drittel des Kleinhandelspreises — ist im Reichstag früher bereits anerkannt worden. Man sah aber die Möglichkeit zur Ermäßigung der Zudersteuer nur in der Erhöhung der Einnahmen aus der Branntweinsteuer. Dieser Plan braucht nach der neuen Stellung des Reparationsagenten nicht weiter verfolgt zu werden, denn ein Einspruch von ihm gegen die Senkung oder Beseitigung der Zudersteuer ist nicht mehr zu erwarten.

Nun ist also die Bahn frei für eine Neuordnung des deutschen Verbrauchsteuersystems. Die Weinsteuer ist im vorigen Jahre gefallen. Ihr muß die Zudersteuer folgen. Sie ist nämlich nicht nur eine unsoziale Steuer, sondern auch eine volkswirtschaftlich schädliche Steuer. Die überreichen Familien werden am allerstärksten belastet und der Verbrauch künstlich eingeschränkt. Damit wird aber der intensive Zweig der deutschen Landwirtschaft, der Zuckerrübenbau, in seinem Entwidlung gehindert. Die Beseitigung der Zudersteuer rückt also gleichermaßen dem Verbraucher wie dem Erzeuger. Sie wird sicherlich zur Belebung der landwirtschaftlichen Produktion beitragen und einen wichtigen Schritt zur volkswirtschaftlichen Gesundung darstellen.

## Soziales.

### Englische und deutsche Arbeitslosenversicherung.

Während über den deutschen Entwurf einer Arbeitslosenversicherung gegenwärtig im Reichstag verhandelt wird und die Regierung die Absicht hat, die Gesetzesvorlage bis Ende April durchzuparieren, erschien kürzlich in England der Bericht der Blanesburgh-Kommission über die Arbeitslosenversicherung, der von den Kommissionsmitgliedern einstimmig angenommen und demnächst als Regierungsentwurf dem Parlament unterbreitet werden soll. Ein Vergleich der beiden Entwürfe zeigt einen ganz gewaltigen Unterschied zugunsten der englischen Versicherung, sowohl was die Beiträge wie die Dauer der Unterstützung und die Leistungen anbelangt. Während nach dem deutschen Entwurf die Beiträge je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden sollen, trägt in England der Staat ein Drittel der gesamten Kosten der Versicherung. Nach dem deutschen Entwurf sollen die Ausgeteuerten, d. h. diejenigen, welche nach 26wöchiger Unterstützung aus der Versicherung ausscheiden, von der Krisenfürsorge, deren Kosten zum überwiegenden Teil das Reich tragen soll, übernommen werden. Der englische Entwurf beschränkt dagegen die Dauer der Arbeitslosenunterstützung überhaupt nicht. Während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit empfängt der Arbeitslose Unterstützung (und zwar ohne Prüfung der Bedürftigkeit, die im übrigen auch im deutschen Entwurf weggelassen ist). Er wird nur ausgeteuert, wenn er in den letzten zwei Jahren, die dem Empfang der Unterstützung vorangehen, weniger als dreißig Beiträge entrichtet hat. Bei einer häufigeren Unterbrechung der Arbeitslosigkeit — was allerdings unsicher ist — dürfte die Zahl der auf diese Weise Ausgeteuerten, die dann der lokalen Armenfürsorge übergeben werden müssen, nicht so hoch sein. Ganz ungeheuer ist der Unterschied in der Höhe der Unterstützungsätze. Nach dem englischen Entwurf wurde das System der einheitlichen Unterstützung für sämtliche Lohnempfänger beibehalten, während in Deutschland die Festschließung nach Lohnklassen stattfinden soll. Die bisher bestehenden Unterstützungssätze werden zwar im englischen Entwurf für erwachsene Arbeiter ein wenig, für jugendliche Arbeiter zwischen 18 und 20 Jahren sehr wesentlich herabgesetzt, bleiben aber trotzdem noch unvergleichlich höher als im deutschen Entwurf. Ein englischer männlicher Arbeitsloser von über 21 Jahren soll künftig monatlich 17 Mark, eine weibliche Arbeitslose 15 Mark erhalten. Nach dem deutschen Lohnklassensystem bewegen sich die Unterstützungssätze zwischen 5,40 und 14,70 Mark für die Woche, d. h. selbst in der höchsten Lohnklasse wesentlich niedriger als in England für die am schlechtesten bezahlten Arbeiter. Noch viel größer ist der Unterschied bei den verheirateten Arbeitern, wo der englische Entwurf, ohne die Höhe der Unterstützung zu begrenzen, die Zuschüsse für Angehörige über 14 Jahre sogar noch sehr wesentlich von bisher 5 Mark auf 7 Mark pro Woche, erhöhen will. Demgegenüber will der deutsche Entwurf für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen nur 5 Prozent des Einheitslohnes, das ist ein Zuschlag zwischen 60 Pf. und 2,10 Mk., bewilligen, und auch diese farge Unterstützung soll noch nach oben derart begrenzt werden, so daß die Arbeitslosenunterstützung einschließlich der Familienzuschläge 60—70 Prozent des für die verschiedenen Lohnklassen festgesetzten Einheitslohnes nicht übersteigen darf, d. h. die Unterstützungen müssen, so groß auch immer die Familie des Arbeitslosen sein mag, wesentlich hinter dem gewöhnlichen Arbeitslohn eines ledigen Arbeiters zurückbleiben. Der englische Entwurf lehnt diesen Standpunkt ausdrücklich ab und will Unterstützungen gewähren, die größeren Familien auch die Möglichkeit eines Sparens aus den Unterstühtungsgebühren bieten.



# Arbeiter-Sportbewegung

Breslau, den 28. Februar 1927.

## Forderungen des Wassersports.

Die im Arbeiter-Turn- und Sportbund organisierten Wasserfahrer haben auf ihrer Reichstagung in Leipzig einen vom 1. Kreis (Brandenburg) ausgeschickten Delegierten eines Geklebes zur Errichtung der sportlichen Benutzung der Wasserläufe und Aufhebung der vom Sport und Verkehr erhobenen Abgaben für die Benutzung der Wasserläufe aufgestellt. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, in Gemeinschaft mit den anderen in Betracht kommenden Verbänden diesen Entschluß beim Reichstagsausschuß für Leibesübungen zu vertreten und auf die Ausarbeitung einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu drängen. Der in Leipzig angenommene Entwurf sieht wie folgt:

1. Alle natürlichen Wasserläufe und öffentlichen Flüsse und Bäche sind für die sportliche Benutzung und den Verkehr jeder Art frei zu stellen.
2. Auf künstlichen Wasserläufen kann der neben dem Schiffsverkehr mögliche Sportverkehr zugelassen werden.
3. Gewässer, die nicht zu den Wasserläufen gehören, werden der Befahrung, insbesondere aber für Baden und Eislaufen, freigegeben, soweit ein Bedürfnis vorhanden ist und Wasserläufe nicht zur Verfügung stehen.
4. Die der wasserportlichen Benutzung entgegenstehenden Hindernisse sind zu beseitigen.
5. Für die Benutzung der Gewässer dürfen dem Sport und Verkehr weder vom Staat noch von den Gemeinden Steuern von den Eigentümern oder Nutzungsberechtigten der Wasserläufe auferlegt werden.
6. Abgaben dürfen, entsprechend Artikel 99 der Reichsverfassung, nur für die Benutzung von Anlagen, die zur Ausübung des Wassersports erforderlich sind, erhoben werden (z. B. Schleusen, Wehre, etc.). Als Anlagen gelten hier nur Bauwerke, nicht aber die Gewässer oder Teile derselben.
7. Die zur Ausübung des Sportes und des Verkehrs erforderlichen Anlagen sind zweckmäßig, aber beschränkt zu sein.
8. Die wasserportliche Benutzung erstreckt sich auf die Nutzung der Anlagen und des Uferlandes, auf die sichere Benutzbarkeit der Anlagen und auf die erforderliche Rücksichtnahme auf die Schifffahrt, Verkehr, Vorflut und Gemeingebrauch. Die Wasserläufe haben die Bauvorhaben über die zweckmäßige Benutzbarkeit der Anlagen kostenlos zu beraten und zu belehren. Dabei soll auf recht einfache Ausführung der Anlagen geachtet werden. Bei Bauvorhaben keine unbillige Bedingung auferlegt werden.
9. Zur Errichtung der Wasserbenutzung für Sport und Verkehr wird den Gemeinden die Pflicht auferlegt, den Sportvereinen Grundstücke zu verschaffen. Bei einer Aufteilung des Uferlandes sollen Gemeinden und Behörden darauf achten, daß dem Wasserläufe die Stromabwärts des Ortes des Wasserlaufs Grundstücke zur Benutzung und zum Erwerb bestimmt. Solche Grundstücke sollen nur an andere Wassersportvereine weiterverkauft werden dürfen.
10. Die vom Wasserverkehr und Wassersport berührten Orte sind öffentlich zu machen, für jedermann benutzbar und zugänglich einzurichten, an welchen die Durchfahrenden landen können. Die Errichtung von Bootshäfen wird empfohlen.
11. Die hierzu geeigneten Wasserläufe sind auch für Rettungszwecke freizugeben, wobei Verkehr und Schifffahrt vorübergehend auf ein geringeres Maß beschränkt werden dürfen. Die sportlichen Benutzungen sind die Schifffahrt, die Benutzung der Ufer zum Baden und die sportliche Benutzung des Uferlandes. Die sportliche Benutzung des Uferlandes muß dabei besondere Bedingungen, wie beschränkte Fahrgeschwindigkeit, auferlegt sein, die notwendig sind, um die sportlichen Benutzungen nicht zu hindern und zu fördern.
12. Alle Gemeinden sind verpflichtet, Fluss- oder Seebadeanstalten einzurichten und zu unterhalten und der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, das Schwimmen zu erlernen und auszuüben.
13. Wasserarme Orte und solche ohne natürliche Badegewässer sollen nach Möglichkeit Erholungsstätten durch Uferbebauung, Anlagen zur Benutzung der Ufer, wie Bänke, Wasserläufe, etc. im Sommer und im Winter mit bestem Wasserstand als Bäder benutzt werden können.
14. Kommunale und staatliche Ufer sind für das Baden freizugeben. Private, ungenutzte Ufer dürfen zum Baden und zum Schwimmen benutzt werden. Die Sperrung solcher Ufer durch Verbote ist nicht statthaft.
15. Den Ortsbehörden obliegt der Schutz der Bäder. Die besondere Aufgabe der Ortsbehörden ist die Beseitigung der ungesunden Stellen, Kennzeichnung gefährlicher Stellen, Errichtung von Hilfs- und Rettungsmitteln, Aborten und Anstreichung.
16. Im Winter sollen möglichst viele Gewässer für den Eis- und Schlittschuhlauf freigegeben werden, wobei den Gemeinden die Fürsorge und der Schutz der Sporttreibenden in der gleichen Weise obliegt wie im Sommer.
17. Die Vereine für Gesundheitspflege, Leibesübungen und Sport sind hinsichtlich der Verwaltung, Aufsicht und Mitwirkung an wasserportlichen Einrichtungen heranzuziehen. Von der Errichtung sportlicher Einrichtungen sollen sie ihre Vorschläge einreichen. Bei etwaigen Beschränkungen sportlicher Benutzung der Gewässer sollen Verhandlungen mit den Wassersportorganisationen vorzugehen. Dabei sind alle Wassersportvereine zu hören.
18. Für die sportliche Wasserbenutzung, auch für Baden und Eislaufen, dürfen Gebühren nicht gefordert werden, sondern nur die Kosten der Unterhaltung der Anlagen. Die Festsetzung und Erhebung von Gebühren muß mit den Sportorganisationen vereinbart werden. Gelangt eine Einigung nicht, so können die Verwaltungsinstanzen angerufen werden, die das Recht haben, die Aufhebung eines Ausbaus zu übertragen.
19. Zu den Verwaltungsvorständen, Wasserleitern und Wasserbauverwaltungen sind die Wassersportvereine als Vertreter der sportlichen Benutzung des Wassers ausübenden Bevölkerung heranzuziehen.

## Schwimmer und Organisation.

Ein Arbeiter-Sportler schreibt uns: In der Vorkriegszeit hat man bei dem Personal der Badeanstalten kaum eine Organisation gekannt. Diese Berufsgruppe führte denn auch ein wenig geordnetes Dasein. Damals war es der Arbeiter-Wassersportverband (später der Arbeiter-Turn- und Sportbund), der sich für die Verbesserung der Verhältnisse einsetzte. Unter anderem stellte er Arbeiter-Turn- und Sportbund die Forderung auf, daß das Personal der Schwimmhäder einen Befähigungsnachweis erlangen habe. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund ging von der Auffassung aus, daß in den Schwimmhädern für die Allgemeinheit eine große Gefahr bestünde, wenn nicht zuverlässiges und gesundes Personal die Aufsicht mit dem notwendigen Verantwortungsbewußtsein ausübte.

Die Richtigkeit dieser Auffassung wurde häufig genug durch die Unfälle bewiesen. Es dürfte sogar heute noch vorzuziehen sein, das Badepersonal in Schwimmhätern des Schwimmers zu beschäftigen. Diesen Unfällen sollte durch die Forderung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes nach der staatlichen Schwimmprüfung, die in Preußen bereits seit vier Jahren eingeführt ist, abgeholfen werden. Sehen wir nun aber einmal, was sich für die Prüfung interessiert und wer sie ablegt. Es muß festgestellt werden, daß die übertriebene Mehrzahl aus Sportlern und zwar meist aus Arbeiter-Sportlern besteht, die sich der Abnützung, als Bewerber für Schwimmprüferstellen unterziehen. Ganz liegt es nun, daß das derzeitige Personal der Schwimmhäder fast gar nicht zur Prüfung gelangt, oder, im gegebenen Falle, nur schlecht über die wirklich geringen Anforderungen der Prüfung hinwegkommt, obwohl es sich um die besten Leute handelt? Man muß daraus schließen, daß das derzeitige Personal der Schwimmhäder noch nicht weiß, worin der Wert seiner Berufsarbeit liegt. Und hierin liegt eine Gefahr für das leistungsfähige, heutige Personal der Schwimmhäder.

## Sport des Sonntags.

### Fußball.

#### Das Vorrundenspiel um die Bundesmeisterschaft im Fußball

D.S.B. I Dresden — Süd I Breslau endete gestern mit einem 8:0-Siege der Dresdener. (Ausführlicher Bericht folgt morgen.)

### Handball-Serienspiele.

Das einkehrende Tauwetter der letzten Tage verfehlte die Spieler in einem Zustand, daß verschiedene Mannschaften nicht antraten und mehrere Spiele nicht stattfanden. In Tschansch standen sich 6. Abteilung und 5. Abteilung gegenüber, die sich bei dem schlüpfrigen Boden nicht recht entwickeln konnten. Der 6. Abteilung gelang es bald, das Führungstor zu schießen und den Vorsprung verlor die 5. Abteilung auch zu halten. 7. Abteilung und Neutirch gelangten kampflös zu den Punkten. Das Treffen Poseidon—Gandau fiel wegen Spielunfähigkeit des Platzes aus.

In der B-Klasse fertigte die 7. Abteilung die 1. Abteilung nach einem flotten und interessanten Spiel sicher ab. 1897, die man als sichere Sieger über Neutirch erwartete, konnten dem Gegner nur ein torloses Treffen abringen. Felsenfest scherte sich die Punkte gegen die 8. Abteilung kampflös, und im Gesellschaftsspiel fertigte sie die 8. Abteilung mit 6:1 sicher ab. Gandau und Poseidon traten sich trotz des schlechten Platzes gegenüber, wobei die Schwimmer knapp gewannen. Der Spielverlauf: Gandau wirkt an; doch bald macht sich eine Ueberlegenheit von Poseidon herab, die auch in einem Tor zum Ausdruck kommt. Gandau kommt durch und gleicht aus. Ein Dreizehnmeter für Poseidon wird darübergeschossen. Nachdem beide Mannschaften die Seiten gewechselt haben, gelingt es Poseidon, das siebringende Tor zu schießen. Gandau taucht allmählich auf, doch am Resultat läßt sich nichts mehr ändern.

Bei der Jugend konnten 1. Abteilung und 6. Abteilung knappe Siege davontragen.

### Resultate:

- A-Klasse:**  
6. Abteilung I — 5. Abteilung I 1:0 (1:0).  
7. Abteilung I — 1. Abteilung I, kampflös für 7. Abteilung.  
Neutirch I — 4. Abteilung I, kampflös für Neutirch.
- B-Klasse:**  
Poseidon — Gandau 2:1 (1:1).  
1897 — Neutirch 0:0 (0:0).  
7. Abteilung — 1. Abteilung 3:1 (2:1).  
Felsenfest — 8. Abteilung, kampflös für Felsenfest.
- Jugend:**  
1. Abteilung — 7. Abteilung 2:0 (1:0).  
6. Abteilung — 5. Abteilung 1:0 (1:0).

### Stand der Handball-Serie.

In der A-Klasse hat sich in den letzten Spielsonntagen nicht viel geändert. Poseidon hat die Spitze immer noch, dicht gefolgt von der 7. Abteilung und gespannt kann man sagen, was die Tabelle für einen Schlusstand erhalten wird, da die Spitzenvereine noch schwere Treffen vor sich haben.

Vereine	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Punkte	Tore
Poseidon	17	12	1	4	28:6	67:19
7. Abteilung	18	11	3	4	26:10	33:13
Neutirch	17	9	3	5	23:11	39:17
2. Abteilung	19	9	3	7	25:13	30:18
6. Abteilung	18	9	5	4	22:14	37:24
Gandau	17	9	6	2	20:14	47:26
5. Abteilung	19	8	6	5	21:17	33:23
G.R.D.	17	5	6	6	16:18	29:34

Daß die freigewerkschaftliche Forderung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes nach Ablegung der Prüfung mit allem Nachdruck vertreten wird, dafür werden der Arbeiter-Turn- und Sportbund und die bereits staatlich geprüften fleißigen Schwimmer schon Sorge tragen. Eine andere Frage ist jedoch die, ob es wirklich notwendig war, einen besonderen „Bund staatlich geprüfter Schwimmer“ ins Leben zu rufen. Es soll nicht verkannt werden, daß heute die meisten staatlich geprüften Schwimmer(innen) keine Stellen in ihrem neu gewählten Berufe haben und folglich auch ohne gewerkschaftliche Vertretung sind. In der Hinsicht ist die Neugründung verständlich. Als notwendig bleibendes Geschick kann sie jedoch nicht angesehen werden, vielmehr ist diese Organisation gezwungen, wenn sie erfolgreich arbeiten will, sich einer der bestehenden großen Organisationsrichtungen als Fachgruppe anzuschließen.

Die Wahl der Anschließungsorganisation ist abhängig von der Berufsstellung, die der staatlich geprüfte Schwimmer hat.

Und hier gibt es zweierlei: Einmal könnte er, wie bisher, seinen Beruf auf das einfache Arbeitsverhältnis gründen, dann wäre der Anschluß an die Arbeitergewerkschaften, den ADGB, notwendig. Das andere Mal jedoch könnte der Schwimmer das Betreiben haben, sich als Angestellter zu betrachten und das Angestellten- bzw. Beamtenverhältnis für seinen Beruf zu erstrecken. Dies liegt umso näher, als der größte Teil der Badebetriebe in öffentlichem Besitz ist (Kommune). In diesem Falle müßte der Anschluß an eine der beiden Beamtenorganisationen gesucht werden. Es sind dies der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Beamtenbund. Da die Badebetriebe Daueranstalten sind, das Personal auch kaum wechselt, könnten auch die Behörden einer Ueberführung des Personals in das Angestelltenverhältnis kaum wesentliche Schwierigkeiten bereiten.

Die neu gebildete Organisation hat nun als erste Leistung eine Haftpflichtversicherung eingerichtet. Hier ist es notwendig, einige Worte zu sagen: Zunächst: Wozum dient die Versicherung? Der Schwimmer soll für eventuell ihm auf Last gelegte Unfälle finanziell haftleistungsfähig gemacht werden. Ist das notwendig? Nein! Jeder Schwimmer, der verantwortungsvoll seine Pflicht tut, kann für einen durch höhere Gewalt herbeigeführten Unfall nicht haftbar gemacht werden. In solchen Fällen ist stets der Badeanstaltsbesitzer haftbar, meistens die Kommune.

Eine Haftpflichtversicherung für Pflichtvernachtlässigung ist jedoch überflüssig und dürfte keiner Organisation zur Ehre gereichen.

### Reichstagung der Wasserfahrer.

Die Berichte, die auf der Reichstagung der Wasserfahrer im Arbeiter-Turn- und Sportbund, die in der Bundeschule in Leipzig stattfand, erstattet wurden, zeugen von einer guten Entwicklung der Bewegung. Besonders bemerkenswert ist das stetige Anwachsen von Bootsmaterial und Bootshäusern. Der Bundesvorstand wurde erucht, in Zukunft auch Einzelbesitzern von Wasserfahrzeugen Beachtung zu schenken, gegebenenfalls durch Vermittlung von Einzelmitgliedern. Beschlossen wurde, daß der Wasserfahrer-Ausschuß sich in Zukunft aus den Kreisleitern der Wasserfahrer zusammensetzen soll. Die Leitung der Wasserfahrer-Bewegung liegt nach wie vor in den Händen des Bundes-Wasserfahrwartes Siegel in Leipzig. Für die geplanten Kurse der Wasserfahrer an der Bundeschule in Leipzig sind die Genossen Helle in Berlin als Lehrer für Rudern, Krug-München für den Kanusport und Haas in Bremen für den praktischen Bootsbau bestellt worden. Beirätet wurde das Ein-

Verein	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Punkte	Tore
Neutirch	16	4	10	2	10:22	13:46
1. Abteilung	19	5	12	2	12:26	21:32
Achilles	18	1	13	4	6:30	11:41
4. Abteilung	19	1	17	1	3:35	11:82

In der B-Klasse hat Felsenfest knapp die Spitze vor der 7. Abteilung. Die endgültige Entscheidung, wer die Spitze erhalten wird, fällt am nächsten Sonntag, 1927 hat sich einen sicheren dritten Platz erobert.

Vereine	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Punkte	Tore
Felsenfest	18	16	—	2	34:2	56:4
7. Abteilung	16	14	1	1	29:3	30:9
1897	18	12	4	2	26:10	26:17
5. Abteilung	17	8	6	3	19:15	10:15
1. Abteilung	16	8	7	1	17:15	20:27
Poseidon	18	5	8	5	15:21	11:25
G.R.D.	16	5	8	3	13:19	5:11
2. Abteilung	17	2	12	3	7:27	14:17
6. Abteilung	17	2	12	3	7:27	10:20
Neutirch	15	2	10	3	7:23	5:30
Gandau	8	3	5	—	6:10	2:6
8. Abteilung	7	1	6	—	2:12	2:11

### Bereinswettkämpfe des Kraftsportklubs „Achilles I“.

Im Sonntag, den 27. Februar, fanden die Kämpfe im Hober und Ringen ihre Erledigung. Die Arbeiterschaft des Obheren Tors hat leider wieder einmal bewiesen, daß sie nicht gewillt ist, einen Verein der Arbeiterbewegung zu unterstützen. Das Geld trägt sich ja auch leichter großen Unternehmern und bürgerlichen Vereinen mit schwarz-weiß-rottem Banner in die Taschen. Die Kämpfe zeigten guten, ehrlichen Sport. In der Jugendklasse war bei den Kämpfen jugendlicher Eifer neben guten Fähigkeiten zu beobachten. In der Seniorenklasse ging es sehr hart her; hier prallten Gegner mit langjähriger Ringererfahrung aufeinander, was sich dann auch in unentschiedenen Gängen ausdrückte. Der Sieger in der Leichtgewichtsklasse konnte infolge Gleichwertigkeit nur infolge kürzerer Zeit seiner Siege festgesetzt werden. Das Heben zeigte zum größten Teil nur Durchschnittsleistungen. R. Schmitz zeigte mit 130 Pfd. einarmig Reizen und 190 Pfd. beidarmig Stößen gute Leistungen.

Die genauen Resultate sind: Ringen, leichte Jugendklasse: 1. Adernann, 5 Siege; 2. Janowski 3 Siege. Ringen, schwere Jugendklasse: 1. Rosmehl 4 Siege; 2. Bartke, 2 Siege. Ringen, Senioren (Hewergewicht): 1. Erich Schmitz, 2. Kurt Jersch. Senioren (Leichtgewicht): 1. Walter Adernann, 2. Karl Bülow. 3. Richard Faulde. Senioren (Schwergewicht): 1. Max Schalte. Heben (Leichtgewicht): 1. Walter Adernann, 2. Richard Faulde. 3. Karl Schmitz. Heben (Schwergewicht): 1. Felix Sieranik.

### Das Ende der B-Serie im Ringen.

#### Sportvereinigung 1897/02 II. Bezirksmeister.

Im vorigen Sonntag und am Donnerstag kamen die restlichen Treffen des Bezirks Breslau im Mannschaftringen in der B-Klasse zum Austrag, in welchen die Favoriten erfolgreich waren: ein Protektant Sacrau—Hundsfield hat auf die Tabelle keinen Einfluß. Die zweite Mannschaft der Sportvereinigung 1897/02 konnte ihren Vorjahresrang wiederholen, gleichzeitig ihrem Bereich die 3. Bezirksmeisterschaft für 1927 sichern. Die Resultate der letzten Treffen sind folgende: W.B. Maria-Höfen — Sacrau 16:12; Hero — Sacrau 23:5; Stern — Hundsfield 16:12; Achilles II — Hundsfield I 26:2. Der Schlusstand der Tabelle ist folgender:

Verein	Kämpfe	gew.	verl.	unentsch.	Punkte
Sportv. 1897/02 II.	14	12	1	1	25:3
Hero	14	12	2	—	24:3
Achilles II	14	7	4	3	17:11
Stern I	14	6	6	2	14:14
Höfen I	14	6	7	1	13:15
Hundsfield I	14	5	9	—	10:18
Sacrau I	14	3	10	1	7:21
Eichenlaub II	14	—	12	2	2:26

### Die ostdeutschen Verbandsspielfelder.

In den Verbandsspielen um die ostdeutsche Fußballmeisterschaft — so wird uns aus Stettin geschrieben — müßten die beteiligten Kreise: Berlin, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Ostpreußen und Vorpommern ständig finanzielle Opfer bringen, da die Kosten der Spiele durch die vereinbarten Eintrittsgelder nicht gedeckt werden konnten. Das hat zunächst das Ausbleiben des schlesischen Kreises aus dem Verbande zur Folge. Aber auch Berlin und die Lausitz und ebenso Pommern und Ostpreußen sind ebenfalls der allmählichen Zukünfte überdrüssig. Der erste Kreis (Berlin) und der 16. Kreis (Lausitz) beschloßen daher, in diesem Jahre nicht an den Verbandsspielen teilzunehmen. Diese waren also nur noch zwischen den Kreisen Pommern und Ostpreußen auszutragen. Die Pommern erklärten aber, daß die Austragung des Entscheidungsspiels um die Bundesmeisterschaft nicht von diesen beiden Kreisen allein übernommen werden könne. Diese Kreise, die sich auf eine verhältnismäßig kleine Mitgliederzahl stützen, könnten die Kosten für das Spiel nicht bestreiten; verurteilte es doch im Vorhinein einen Verlustbetrag von über 400 Mark. Man will versuchen, den Bund zur Finanzierung dieses Spiels zu bewegen. Ob man damit Erfolg haben wird, erscheint sehr zweifelhaft. Bisher lebte der Bund die Uebernahme von Verbandsspielen ab. In diesem Falle würde jedoch höchstwahrscheinlich Pommern dem Beispiele Berlins und der Lausitz folgen und nicht an den Verbandsspielen teilnehmen. Dann wäre nur noch der Vertreter Ostpreußens, Vorpommern-Rügen, zur Beteiligung an den Verbandsspielen übrig. Der pommersche Meister, F. T. Stettin, würde die Spiele gerne bestreiten, seine Vereinsmittel reichen aber nicht aus. Ohne Hilfe ist an die Austragung eines Spiels Stettin—Rügen nicht zu denken.

Spieler um die Kreismeisterschaften. Der Stand der Kreismeisterschaft in 4. Kreis (Sachsen) ist soweit fortgeschritten, daß sich durch Ausscheidungsspiele aus den besten der zehn Bezirke drei Meister für die Endrunde qualifiziert haben: Dresdener Sportverein 1910 (Bundesmeister), Borsdorfer-Leipziger-GutsMuths- und Borsdorfer-Blauen. Diese drei spielen unter sich in einer Runde also mit Punktwertung, den Kreismeister aus. Das erste Spiel hat bereits am 30. Januar vor 6000 Zuschauern in Dresden stattgefunden und führte den Dresdener Sportverein mit Borsdorfer-Blauen zum Austrag. Der bisherige Bundesmeister blieb mit 9:2 (Halbspiel 6:0) Sieger. Das zweite Spiel fand am Sonntag zwischen Borsdorfer-GutsMuths und Borsdorfer-Blauen in Bitterfeld statt. Hier gewann Borsdorfer-GutsMuths mit 5:2 (Halbspiel 1:0, Eden 11:0) gegen. Die Ost-Mannschaft verlor den letzten Parteidurch die Verletzung, wodurch das Spiel hart bestritten wurde. Ein Ergebnis von 3:2 hätte dem GutsMuths Verhältnis besser entworfen.

